

Forschungspapier

Fabian Haentjes

Institutionelle Rahmenbedingungen und Lobby- strategien in der KI-Regulierung

Ein Vergleich zwischen der EU und den USA

16. März 2026

Redaktion/ Wissenschaftliche Leitung

PD Dr. Maximilian Schiffers
maximilian.schiffers@uni-due.de
www.uni-due.de/politik/schiffers

Sekretariat

Stefanie Schuylen-Matuschek
Sekretariat der Professur für Public Policy und Landespolitik und Sekretariat der NRW School of Governance
0203/379-2572
stefanie.schuylen-matuschek@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Direktorium der NRW School of Governance
Prof. Dr. Andreas Blätte, Prof. Dr. Susanne Pickel, Dr. Kristina Weissenbach

Redaktionsanschrift

Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg

redaktion@regierungsforschung.de

Zitationshinweis

Haentjes, Fabian (2026): Institutionelle Rahmenbedingungen und Lobbystrategien in der KI-Regulierung: ein Vergleich zwischen der EU und den USA, Erschienen auf: regierungsforschung.de, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-108841-1>

Zum Autor

Fabian Haentjes, M.A. ist Alumnus der NRW School of Governance und schloss 2025 sein Masterstudium "Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung" an der NRW School of Governance, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen, mit der vorliegenden Arbeit ab, die von PD Dr. Maximilian Schiffers und Tom Höpfner, M.A. betreut wurde.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	1
Abkürzungsverzeichnis	2
1 Einleitung.....	3
1.1 Relevanz der Arbeit	3
1.2 Aufbau der Arbeit.....	4
2 Konzeptionelle Grundlagen	5
2.1 Forschungsstand	5
2.2 KI, KI-Regulierung und die Branche der Technologieunternehmen.....	7
2.3 Institutionen und institutionelle Rahmenbedingungen	8
2.4 Lobbystrategien	9
2.5 IAD-Framework.....	11
3 Institutionelle Rahmenbedingungen der KI-Regulierung	15
3.1 Die EU	15
3.1.1 Institutionelle Akteure	15
3.1.2 Rechtlicher Rahmen	15
3.1.3 Verfahren	17
3.2 Die USA.....	17
3.2.1 Institutionelle Akteure	17
3.2.2 Rechtlicher Rahmen	18
3.2.3 Verfahren	20
3.3 Einordnung der KI-Regulierung in EU und USA am IAD-Framework.....	20
3.3.1 Institutionelle Rahmenbedingungen.....	20
3.3.2 Handlungssituation	23
4 Empirische Untersuchung.....	27
4.1 Forschungsansatz und Design.....	27
4.2 Datengrundlage und Fallauswahl.....	28
4.3 Auswertungsmethode MAXQDA	29
4.4 Qualitative Inhaltsanalyse	30
4.4.1 Fall EU: Analyse der Dokumente.....	30
4.4.2 Fall USA: Analyse der Dokumente	33
4.4.3 Vergleichende Auswertung.....	36
5 Analyse, Vergleich und Bewertung der Ergebnisse im IAD-Framework	38
5.1 Analyse EU.....	38
5.1.1 Politikwandel, Inside Lobbying, kooperative Ausrichtung.....	38
5.1.2 Politikwandel, Outside-Lobbying, kooperative Ausrichtung.....	40
5.1.3 Status-Quo-Erhalt, Inside-Lobbying, kooperative Ausrichtung	42
5.1.4 Status-Quo-Erhalt, Outside-Lobbying, konfrontative Ausrichtung	42
5.2. Analyse USA.....	43

5.2.1 Politikwandel, Inside Lobbying, kooperative Ausrichtung	43
5.2.2 Politikwandel, Outside-Lobbying, kooperative Ausrichtung	44
5.2.3 Status Quo, Inside-Lobbying, kooperative Ausrichtung.....	45
5.2.4 Status Quo, Inside-Lobbying, konfrontative Ausrichtung.....	45
5.3 Vergleichende Analyse EU & USA.....	46
5.4 Bewertung der Ergebnisse EU & USA	49
6 Fazit und Ausblick.....	52
Literaturverzeichnis	54

Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Unterscheidungskriterien von Lobbystrategien	10
Abbildung 2: IAD-Framework	12
Abbildung 3: IAD-Framework: Fokus institutionelle Rahmenbedingungen	20
Abbildung 4: IAD-Framework: Fokus Handlungssituation.....	23
Abbildung 5: EU Policy-Ziel	30
Abbildung 6: EU Zugangsweg.....	31
Abbildung 7: EU Strategieausrichtung	31
Abbildung 8: EU Überschneidungen Lobbystrategien.....	32
Abbildung 9: USA Policy-Ziel.....	33
Abbildung 10: USA Zugangsweg.....	34
Abbildung 11: USA Strategieausrichtung	34
Abbildung 12: USA Überschneidungen Lobbystrategien	35
Abbildung 13: Vergleich EU & USA: Überschneidungen Lobbystrategien.....	37
Abbildung 14: IAD-Framework: Fokus Untersuchung Interaktionen	38
Abbildung 15: IAD-Framework: Fokus Bewertungskriterien	49

Abkürzungsverzeichnis

AI	Artificial Intelligence
AI RMF 1	Artificial Intelligence Risk Management Framework
CID	Civil Investigative Demands
EDSA	Europäischer Datenschutzausschuss
EO	Executive Order
EU	Europäische Union
FTC	Federal Trade Commission
GPAI	General-Purpose-AI-Modellen
IAD	Institutional Analysis and Development
KI	Künstliche Intelligenz
NGO	Nichtregierungsorganisationen
NIST	National Institute of Standards and Technology
OSTP	Office of Science and Technology Policy
Tech-Akteure	Akteure aus dem Bereich der Technologiebranche
USA	Vereinigte Staaten von Amerika

1 Einleitung

1.1 Relevanz der Arbeit

„We believe that, as AI becomes more powerful, government oversight and regulation will be critical.“ Diese Aussage tätigte Sam Altman am 16. Mai 2023 in seiner Stellungnahme vor dem US-Senat (Altman 2023). Nur 8 Tage später, am 24. Mai 2023, erklärte Altman an der University College London: “If we can comply, we will, and if we can't, we'll cease operating [...] We will try. But there are technical limits to what's possible" (TheWrap 2023). Diese beiden Zitate zeigen relativ eindrucksvoll, wie kontrovers und paradox die Regulierungsdebatte im Kontext der Künstlichen Intelligenz (KI) geführt wird. Während Altman vor den US-Senatoren für staatliche Regulierung plädiert, droht er nur wenige Tage später den europäischen Regulierungsakteuren mit einem möglichen Marktaustritt. Sie illustrieren aber auch gleichzeitig, wie möglicherweise unterschiedlich die Herangehensweise von Technologieunternehmen in den Vereinigte Staaten von Amerika (USA) und Europa bei dem Thema KI-Regulierung sein kann.

Die rasante technologische Entwicklung der KI und ihre Auswirkungen auf die globale Wirtschaft und die Arbeitswelt sind beispiellos. Bis zum Jahr 2030 könnte künstliche Intelligenz voraussichtlich rund 19,9 Billionen US-Dollar zur globalen Wirtschaftsleistung beitragen (International Data Corporation 2024). Das weltweite Wirtschaftswachstum könnte laut einer PwC-Analyse bis 2025 um bis zu 15 Prozentpunkte steigen (PwC 2025). Alleine die generative KI kann zu jährlichen Produktivitätszuwächsen von bis zu 4,4 Billionen US-Dollar führen (Chui et al. 2023: 3). Und auch die Auswirkungen auf die heutige Arbeitswelt werden gewaltig sein. 40 % der globalen Arbeitsplätze könnten laut International Monetary Fund von der Entwicklung betroffen sein (International Monetary Fund 2024), was allein für Deutschland bis 2030 zu einer Veränderung bei drei Millionen Jobs führen könnte (McKinsey Global Institute 2024: 25). Doch die Auswirkungen erstrecken sich über wirtschaftliche Potenziale und gesellschaftliche Risiken hinaus und stellen auch eine Herausforderung für demokratische Gesellschaften in der Zukunft dar (Obermeier 2024).

Die Europäische Union (EU) hat, im Gegensatz zu den USA, mit dem Artificial Intelligence Act (AI Act) den weltweit ersten umfassenden Rechtsrahmen hinsichtlich der KI-Regulierung beschlossen, der mit seinem risikobasierten Ansatz globale Maßstäbe setzen möchte (Europäische Kommission 2025a). Dass das Vorhaben Reaktionen auslöst, wurde eingangs bereits erläutert. Nur wie lassen sich die

unterschiedlichen Reaktionen erklären? Wieso reagiert der CEO eines global agierenden Unternehmens so unterschiedlich in zwei vermeintlich ähnlichen Fällen? Es liegt nahe, dass die institutionellen Rahmenbedingungen in den USA und der EU die Unternehmen zu unterschiedlichen Strategiewahlrichtungen in der Zusammenarbeit mit den Institutionen verleiten. Diesem Umstand widmet sich diese Arbeit und führt zur folgenden Forschungsfrage:

Wie beeinflussen zwischen 2020 und 2025 die unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen in der EU und den USA die Lobbystrategien von Technologieunternehmen?

1.2 Aufbau der Arbeit

Für diese Vorhaben gliedert sich die vorliegende Arbeit in insgesamt sechs Kapitel. Es werden zunächst die theoretischen und konzeptionellen Grundlagen erläutert. Dazu zählen ein aktueller Forschungsstand, zentrale Begrifflichkeiten sowie Charakteristika der zentralen Technologieunternehmen im Kontext der KI-Regulierung. Außerdem werden die verwendeten theoretischen Ansätze, die Typen von Lobbystrategien und das Institutional Analysis and Development (IAD)-Framework von Ostrom vorgestellt.

Das dritte Kapitel widmet sich den institutionellen Rahmenbedingungen der KI-Regulierung in der EU und der USA. Hier werden zunächst die rechtlichen Rahmen, zentrale Akteure und die Verfahren vorgestellt, bevor eine erste Einordnung der Bedingungen im Rahmen des IAD-Frameworks vorgenommen wird.

Im vierten Kapitel werden zunächst der Forschungsansatz, die Datengrundlage sowie die Auswahlbegründung der beiden Fälle vorgestellt, bevor die empirischen Daten aus der Inhaltsanalyse dargestellt werden. Die Analyse gliedert sich in eine getrennte Auswertung der beiden Fälle und den anschließenden Vergleich der Ergebnisse.

Im fünften Kapitel erfolgt eine vertiefende Analyse der am häufigsten identifizierten Strategiemuster. Dabei werden für beide Fälle die Strategiemuster dargestellt und mit Hilfe des IAD-Frameworks untersucht und im Anschluss vergleichend bewertet. Die Arbeit schließt mit den zentralen Erkenntnissen, der Limitation der Untersuchung und einem möglichen Ausblick.

2 Konzeptionelle Grundlagen

2.1 Forschungsstand

Die bisherige Forschung im Bereich der KI-Regulierung befasst sich vor allem mit den Auswirkungen von KI auf die Gesellschaft und der damit einhergehenden Notwendigkeit von Regulierung, den Lobbyaktivitäten zur Beeinflussung der Regulierungen sowie den Regulierungen selbst, in Form von institutionellen Rahmenbedingungen. Im Folgenden werden zentrale Studien zu den drei Themenfeldern – gesellschaftliche Auswirkungen und die Notwendigkeit von Regulierung, Lobbystrategien und institutionelle Rahmenbedingungen – vorgestellt.

Folberth et al. (2022) untersuchen qualitativ anhand von Artikeln aus dem Zeitraum 2016–2020 die gesellschaftlichen Risiken im Kontext der KI-Regulierung und zeigen auf, dass die demokratischen Werte durch bestehende Regelungen nicht ausreichend geschützt werden. Sie plädieren für Interventionsformen wie Verbote, Genehmigungen und Standards zur Berücksichtigung der gesellschaftlichen Interessen. In ähnlicher Weise thematisiert Feldstein (2023) den Rückstand normativer und regulatorischer Rahmenbedingungen gegenüber der rasanten technologischen Entwicklung, wie in Form der KI. Die bestehenden Strukturen seien nicht in der Lage, zentrale demokratische Prinzipien angemessen zu sichern.

Im Bereich der Lobbystrategien analysieren Binderkrantz und Krøyer (2012) den Einfluss von Zielen auf die Wahl der Lobbystrategie. Es wird ersichtlich, dass allgemeine Ziele zu anderen Lobbystrategien führen als technisch komplexe Ziele. Während allgemeine Ziele vor allem durch Lobbyarbeit in Medien und im Parlament verfolgt werden, zeigen technisch komplexe Ziele vor allem intensives Lobbying bei Bürokraten. Nays (2023) betrachtet hingegen die umgekehrte Richtung: Er analysiert am Beispiel eines KI-Sprachmodells, wie Lobbyaktivitäten selbst durch KI-Technologien beeinflusst oder gar automatisiert werden könnten.

Königsgruber (2009) thematisiert in seiner Studie den Einfluss von Lobbying auf die Gesetzgebung in der EU. Es zeigt sich, dass vor allem große Unternehmen aktiv Einfluss nehmen, das Verhalten jedoch stark vom institutionellen Kontext abhängig ist. Die Untersuchung erfolgt anhand der Rechnungslegungsregulierung in der EU.

Verschiedene Studien fokussieren den Einfluss von Unternehmen auf die KI-Regulierung. Im Kontext der EU analysiert Schyns (2023) die Lobbyaktivitäten, die den EU AI Act begleitet haben. Vor allem große US-Technologieunternehmen haben jahrelang direkt und indirekt, durch verdeckte Gruppen und finanzierte Experten, den

EU AI Act beeinflusst. Dies führte nach Schyns zu einer Verwässerung der Regulierung, da Bestandteile wie die General Purpose AI erfolgreich verschoben wurden und damit nicht enthalten sind. Auch Wachter (2024) erkennt die Schwächen des finalen EU AI Acts, welchen er durch die Lobbyaktivitäten von Tech-Akteuren und Mitgliedsstaaten begründet. Die Studie fokussiert die potenziellen Risiken und Auswirkungen der General-Purpose-AI (GPAI). Auch Bareis (2023) analysiert die Lobbyaktivitäten der Unternehmen auf die KI-Regulierung in der EU. Zentraler Bestandteil ist, im Gegensatz zu Schyns (2023), der Einfluss großer europäischer KI-Unternehmen wie Aleph Alpha.

Im Kontext der USA führten Wei et al. (2024) 17 Experteninterviews zum Einfluss von Unternehmen der KI-Branche auf die Regulierung. Der Schwerpunkt liegt auf dem „regulatory capture“, bei dem die Interessen der Industrie politische Entscheidungen dominieren, sodass fehlende oder zu schwache Regulierungen die Folge sein können. Der Public Citizen Report (2024) dokumentiert einen starken Anstieg von Lobbyaktivitäten im Bereich KI in Washington D.C. im Zeitraum 2019–2023. Allein zwischen 2022 und 2023 stieg die Anzahl der registrierten Interessenvertreter um 120 % auf über 3400. Der Bericht warnt vor einer Konzentration privatwirtschaftlicher Macht und fordert, das öffentliche Interesse stärker in den Fokus der Regulierung zu rücken.

Neben den Untersuchungen zu den Lobbyaktivitäten in der EU und den USA thematisieren verschiedene Studien die Rahmenbedingungen in der KI-Regulierung beider Regionen. Kuzior et al. (2024) vergleichen die regulatorischen Ansätze in EU und USA und fokussieren dabei Faktoren wie Rechenschaftspflicht, Transparenz, Sicherheit und Ethik. Während die EU einen verbindlichen, risikobasierten Ansatz verfolgt, setzt die US-Regulierung auf innovationsfreundliche, flexible Prinzipien. Diese Unterscheidung bestätigt auch Odelberg (2024), der in einem Policy-Brief eine umfassende Analyse vorlegt und dabei den EU AI Act der US Executive Order gegenüberstellt.

Die bestehende Forschung bietet vielfältige Einblicke in die Notwendigkeit von KI-Regulierung aufgrund möglicher gesellschaftlicher Auswirkungen, den Einfluss auf sowie die Beeinflussung von Lobbystrategien und die Verbindung zwischen regulatorischen Rahmenbedingungen und Lobbystrategien – in einem anderen politischen Kontext. Darüber hinaus beleuchten Studien spezifische Aspekte im Kontext der KI-Regulierung in der EU und den USA. Dazu zählen insbesondere die institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Einflussnahme von Technologieunternehmen auf politische Entscheidungsprozesse in beiden Regionen.

Eine systematische Verknüpfung dieser Themenfelder im spezifischen Kontext der KI-Regulierung fehlt jedoch bislang. Ziel dieser Arbeit ist es daher, zu untersuchen, inwiefern die institutionellen Rahmenbedingungen in der EU und den USA die strategische Ausrichtung von Lobbyaktivitäten durch Unternehmen im Bereich der KI beeinflussen. Daraus ergibt sich folgende zentrale Forschungsfrage:

Wie beeinflussen zwischen 2020 und 2025 die unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen in der EU und den USA die Lobbystrategien von Technologieunternehmen?

Zur Beantwortung dieser Frage wird das IAD-Framework von Elinor Ostrom herangezogen, das sich bereits in verschiedenen politischen Kontexten als geeignet erwiesen hat, um institutionelle Strukturen und Entscheidungsprozesse systematisch zu analysieren (Hill & Hupe 2006; Kuhlmann 2013).

2.2 KI, KI-Regulierung und die Branche der Technologieunternehmen

KI bezeichnet computerbasierte Systeme, die aus Daten lernen und daraufhin eigenständig Entscheidungen treffen. So verarbeiten KIs Eingaben in Form von Texten, Bildern sowie anderen Informationen und erkennen darin Muster. Hieraus leiten sie Schlussfolgerungen ab, aus denen sie automatische Handlungen umsetzen – immer unter der Prämisse, das gewünschte Ziel zu erreichen bzw. die Aufgabe zu erfüllen (Kaplan & Haenlein 2019: 15; OECD 2024: 4).

KIs können anhand ihrer Fähigkeiten in verschiedene Typen unterteilt werden. ‚Schwache KI‘ sind Systeme, die einzelne spezifische Aufgaben umsetzen. Sie zeichnen sich durch eine hohe Leistungsfähigkeit aus, jedoch in einem begrenzten Bereich. Hierunter fallen bspw. Bilderkennungen und Sprachübersetzungen (Goodfellow et al. 2016: 6; Renner et al. 2025: 11). ‚Starke KI‘ umfasst jene, die dem menschlichen Intellekt ähneln bzw. ihn nachahmen. Sie können selbstständig lernen, verstehen und Schlussfolgerungen ziehen. ‚Starke KIs‘ existieren in der Praxis noch nicht und würden bei einer potenziellen Einführung zu großen technischen und ethischen Herausforderungen führen. Darüber hinaus wird noch in die „Künstliche Allgemeine Intelligenz“ unterschieden. Diese umfasst die vollständige Nachbildung menschlicher Intelligenz. Ihre Herausforderungen bestehen in der technischen Machbarkeit, der Ethik sowie der Sicherheit. Wann und wie es eine „Künstliche Allgemeine Intelligenz“ geben wird, ist unklar (Renner et al. 2025: 11).

In der Regulierung von KI werden Themen wie einerseits die Innovationsförderung und andererseits die Begrenzung von Risiken abgewogen. Denn KIs können viele Bereiche optimieren und revolutionieren und gleichzeitig Sicherheitslücken, Intransparenz und Diskriminierung aufweisen (Schaller et al. 2023: 9; Demary & Mertens 2023: 12). Je nach Schwerpunktsetzung in den jeweiligen Regionen werden Regulierungen entsprechend eines Innovations- oder Sicherheitsfokus ausgelegt (Europäische Kommission 2025a; NIST 2023: 42).

Zentrale Akteure im KI-Sektor sind vor allem global agierende Technologieunternehmen wie z. B. Amazon, Google oder Microsoft (MMR 2025). Sie fungieren häufig als Entwickler und Anwender. Da ihre Kerngeschäfte vom KI-Sektor und damit einhergehenden Regulierungen geprägt werden, nutzen sie Lobbystrategien, um die Regelungen in ihre gewünschte Richtung zu beeinflussen (Wei et al. 2024; Schroer 2025). Die Wahl der Strategie hängt dabei von den Institutionen und ihren Rahmenbedingungen ab (Weiler & Brändli 2015: 746).

2.3 Institutionen und institutionelle Rahmenbedingungen

Der Begriff Institution wird in der Literatur vielfältig definiert und in verschiedene Typen von Institutionen unterteilt (North 1990: 3 ff.; Greif 2006: 1; Hodgson 2006: 2). Dabei können insbesondere vier Arten von Institutionen identifiziert werden: politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle. Zu den politischen Institutionen zählen etwa Parlamente und Regierungen, während ökonomische Institutionen unter anderem durch Banken repräsentiert werden. Soziale Institutionen werden häufig über Nichtregierungsorganisationen (NGOs) definiert, und kulturelle Institutionen umfassen insbesondere religiöse Einrichtungen (Theurl & Wicher 2012: 53). Der Begriff „Institution“ geht ursprünglich auf das lateinische ‚institutio‘ zurück, das mit ‚Einrichtung‘ oder ‚Anordnung‘ übersetzt wird und bereits die grundlegende Funktion als Ordnungsrahmen zum Ausdruck bringt (Online Etymology Dictionary 2025).

Demnach herrscht Einigkeit darüber, dass unter Institutionen dauerhafte Rahmenbedingungen zu verstehen sind, die menschliches Handeln strukturieren und koordinieren (North 1990: 3 f; Hodgson 2006: 2). Diese Rahmenbedingungen umfassen formale Regeln (z. B. Gesetze, Verfassungen, Verfahrensvorschriften) (North 1990: 4). Sie beinhalten auch informelle Normen (z. B. Traditionen, soziale Konventionen, Rollenerwartungen) (Hodgson 2006: 4) und Durchsetzungsmechanismen (z. B. Sanktionen, Reputationseffekte) (North 1990: 4)

Basierend auf den verschiedenen Formen wird in dieser Arbeit folgende Definition zugrunde gelegt:

Institutionen sind dauerhafte Systeme, die durch formale Regeln, soziale Gewohnheiten und Durchsetzungsmechanismen menschliche Interaktionen lenken und damit den institutionellen Rahmen in einer Gesellschaft bilden. (angelehnt an: North 1990: 3 f.; Hodgson 2006: 2).

Der institutionelle Rahmen wird in Kapitel 2.4 im Kontext des IAD-Frameworks weiter erläutert. Darüber hinaus wird im Fortlauf der Arbeit betrachtet, wie diese Rahmenbedingungen das Handeln von Gruppen innerhalb einer Gemeinschaft prägen. Der Fokus liegt dabei auf Interessenvertretern, welche wesentlich vom institutionellen Rahmen beeinflusst werden. Im Kontext der Interessenvertreter bzw. des Lobbying bedeutet dies, dass Institutionen nicht nur den Zugang zur Politik regulieren, sondern auch strategische Handlungsoptionen und Kosten für Interessenvertreter mitbestimmen (Weiler & Brändli 2015: 746; Dür & Mateo 2024: 214). Der Einfluss von den Rahmenbedingungen auf das Lobbying wird in Kapitel 4 im Rahmen der Analyse untersucht. Zunächst wird ein gemeinsames Verständnis von Lobbying festgelegt.

2.4 Lobbystrategien

Lobbyismus bzw. Lobbying ist ein strategischer Kommunikationsprozess wirtschaftlicher bzw. gesellschaftlicher Interessenvertreter, der darauf abzielt, politische Akteure und ihre Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und damit die politischen Ergebnisse zu ihren Gunsten zu verändern (Strauch 1993: 19; Kleinfeld et al. 2007: 10). Der Einfluss erfolgt insbesondere durch die gezielte Bereitstellung von Informationen und die Pflege relevanter Netzwerke. Über diesen Wissensaustausch und die Unterstützung politischer Akteure gelingt es, wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen verstärkt in politische Entscheidungsprozesse einzubringen (Wehrmann 2007: 39; Winter 2008: 63; Mause 2021: 5). Hierbei kommen verschiedene Strategien der Einflussnahme – sogenannte Lobbystrategien – zum Einsatz, die in der Fachliteratur anhand unterschiedlicher Kriterien klassifiziert werden. Hierzu gehören bspw. die Policy-Ziele, der Zugangsweg als auch die Strategieausrichtung (Schiffers 2021: 8).

Unterscheidungskriterien von Lobbystrategien	
1. Policy-Ziel	Politikwandel
	Status-Quo Erhalt
2. Zugangsweg	Inside Lobbying
	Outside Lobbying
3. Strategiewerichtung	Kooperative Ausrichtung
	Konfrontative Ausrichtung

Abbildung 1: Unterscheidungskriterien von Lobbystrategien (in Anlehnung an: Schiffers 2021: 5)

Mit den Policy-Zielen können Lobbystrategien danach unterschieden werden, ob Interessenvertreter entweder einen Politikwandel anstreben und politische Inhalte aktiv mitgestalten oder darauf abzielen, den Status quo bestehender Regelungen und Gesetze durch dessen Verteidigung zu erhalten (De Bruycker 2019: 3).

Eine weitere zentrale Unterscheidung erfolgt anhand der Zugangswege. Dabei wird zwischen Inside-Lobbying und Outside-Lobbying differenziert (Weiler & Brändli 2015: 747; Dür & Mateo 2024: 213). Inside-Lobbying bezeichnet die direkte Einflussnahme auf Entscheidungsträger. Der unmittelbare Zugang erfolgt durch persönliche Gespräche, schriftliche Stellungnahmen oder parlamentarische Anhörungen (Junk 2016: 237; De Bruycker & Beyers 2019: 59). Outside-Lobbying setzt hingegen auf indirekte Einflussnahme über die Öffentlichkeit. Medienarbeit, gezielte Kampagnen und Protestaktionen bauen dabei systematisch Druck auf die Entscheidungsträger auf (Junk 2016: 237). Je nach politischem Kontext werden beide Strategietypen komplementär oder selektiv eingesetzt (Binderkrantz & Krøyer 2012: 116).

Die Strategiewerichtung bildet ein drittes maßgebliches Unterscheidungskriterium. Sie lässt sich in kooperative und konfrontative Ansätze unterteilen (Rieksmeier 2007: 12; Baron 2011: 2; Najam 2018: 375). Kooperative Strategien basieren auf kontinuierlicher Präsenz und systematischem Beziehungsaufbau mit den Entscheidungsträgern (Biedermann 2004: 19; Rössl et al. 2006: 6). Interessenvertreter bringen dabei ihr technisches Know-how und ihre Ressourcen als konstruktive Partner in den politischen Prozess ein (OECD 2021: 3). Diese Herangehensweise erweist sich besonders bei neuartigen technischen Regulierungsthemen als nützlich. Gerade bei der Künstlichen Intelligenz sind politische Entscheidungsträger auf fundierten fachlichen Input angewiesen (Kotsis 2024: 73). Konfrontative Strategien manifestieren sich hingegen durch eine bewusst

ablehnende Haltung. Interessenvertreter nehmen dabei gezielt die Rolle als Gegenspieler oder Kritiker der Politik ein (Najam 2018: 382; Diepeveen 2024: 1074).

Die Wahl der Lobbystrategie orientiert sich neben den eigenen Zielen und den vorhandenen Ressourcen auch an den gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen (Kleinfeld et al. 2007: 25–26; Priddat & Speth 2014: 13f.). In der EU wählen die meisten Interessengruppen aufgrund der formalisierten Beteiligungsmöglichkeiten eher Inside-Strategien, um von Beginn des Policy-Prozesses an eingebunden zu sein (Woll 2005: 5; Serna-Ortega et al. 2025: 7). In den USA hingegen wird aufgrund der erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit und des stärkeren Wettbewerbs vermehrt Outside-Strategien gewählt (Woll 2005: 5; Euractiv 2005). Ebenfalls entscheidend ist die Anpassung der Strategien an den jeweiligen Zeitpunkt des Policy-Prozesses. Dominiert zu Beginn der Konsultationsphase das Inside-Lobbying, kann bei einem unerwünschten Output die Strategie zum Outside-Lobbying gewechselt werden, um finale Entwürfe noch abzuändern bzw. zu verhindern (Serna-Ortega et al. 2025: 7). Diese Flexibilität der Strategien führt zu einer höheren Erfolgsaussicht für die Akteure (Priddat & Speth 2007: 13).

Somit lässt sich feststellen, dass zwar feste Unterscheidungskriterien in der Strategieauswahl existieren, diese jedoch eher als situationsabhängige Handlungsschemata zu verstehen sind. Ihre Ausprägung entsteht durch die vorhandenen Ressourcen, die Zielsetzung und die institutionellen Rahmenbedingungen.

2.5 IAD-Framework

Um das Zusammenspiel von institutionellen Rahmenbedingungen und Lobbystrategien zu analysieren, bedarf es eines theoretischen Untersuchungsrahmens. Theorien, Modelle und Frameworks können alle diesen Rahmen bilden, denn sie fokussieren die Erklärung des menschlichen Verhaltens. Im Folgenden liegt der Fokus auf Frameworks. Diese kennzeichnen sich durch die Analyse auf allen Ebenen und Spezifitätsgraden und dienen zur Identifizierung von einzelnen Elementen sowie deren Beziehung untereinander. Hieraus können Variablen abgeleitet werden, mit denen der institutionelle Kontext analysiert werden kann (Ostrom 2021: 209 f.). Das IAD-Framework, maßgeblich entwickelt von Elinor Ostrom, bietet diesen theoretischen Rahmen und wird bereits in einer Vielzahl von Studien genutzt (Tang & Mazmanian 2010; Whaley & Weatherhead 2014; Grossmann 2018; Filgueiras & Silva 2022; Hayes & Murtinho 2024). Es schafft die

Voraussetzung, um institutionelle Rahmenbedingungen sowie deren Auswirkungen auf das Handeln und Entscheiden von Akteuren zu analysieren (Ostrom 2009: 9). Das Framework besteht aus mehreren Elementen: institutionellen Rahmenbedingungen, Handlungssituation, Interaktion, Handlungsergebnis und Bewertungskriterien (Ostrom 2021: 212 f.). In Abbildung 2 ist das IAD-Framework veranschaulicht.

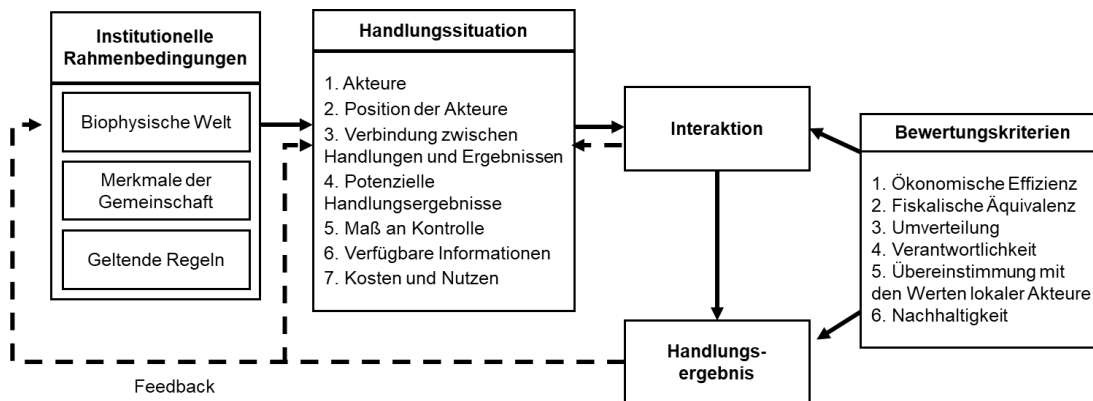


Abbildung 2: IAD-Framework (in Anlehnung an: Ostrom 2009: 15)

Die *institutionellen Rahmenbedingungen*, auch *exogene Faktoren* genannt, setzen sich aus drei Komponenten zusammen (Ostrom 2021: 224). Die *biophysische Welt* umfasst die technischen und natürlichen Eigenschaften der Umwelt, in denen die Handlungssituationen eingebettet sind. Sie beeinflusst, wie Akteure die Ressourcen, die genutzt werden können (Ostrom 2009: 14). Zur *biophysischen Welt* zählt bspw. die technologische Infrastruktur, wie in Form von Rechenzentren. Die *Merkmale der Gemeinschaft* – Demographie, Kulturen, Machtverteilung sowie Werte und Normen – beeinflussen, wie Entscheidungen getroffen und Regeln eingehalten werden (Ostrom 2009: 27). Die dritte Komponente der *biophysischen Welt* sind die *geltenden Regeln*. Sie äußern sich in Form von Anweisungen, Prinzipien, Geboten und Vorschriften. Im weiteren Verlauf liegt der Fokus auf den Vorschriften, die durch autoritäre Instanzen wie politische Institutionen verbindlich festgelegt werden (Ostrom 2009: 16 f.). Hierzu zählen u.a. Gesetze („rules of law“), deren praktische Anwendung und Wirksamkeit sich in den tatsächlich gelebten Regeln („rules-in-use“) widerspiegelt (Ostrom 2021: 226). All diese Komponenten der *institutionellen Rahmenbedingungen* beeinflussen das Element der *Handlungssituation* (Ostrom 2009: 13).

Eine *Handlungssituation* ist der soziale Ort, an dem Akteure mit unterschiedlichen Präferenzen interagieren, Probleme lösen, sich bekämpfen und dominieren sowie Güter und Dienstleistungen tauschen (Ostrom 2021: 215). Für eine tiefere Analyse definiert Ostrom (2009: 215) eine *Handlungssituation* anhand von sieben Komponenten. In einer *Handlungssituation* agieren mindestens zwei Akteure, die als Einzelpersonen oder Gruppen auftreten können (Komponente 1). Diese nehmen

jeweils spezifische Positionen (Komponente 2) innerhalb der Handlungssituation ein, wie beispielsweise die Rolle des Gesetzgebers. Die dritte Komponente umfasst die Menge an Handlungen (bspw. persönliche Meetings, Media-Kampagnen) und deren Verbindung zu den Ergebnissen. In der vierten Komponente werden die potenziellen Handlungsergebnisse aus einer Handlungssituation thematisiert. Sie entstehen u. a. aus der fünften Komponente, dem Maß an Kontrolle der Akteure über die Handlungsentscheidung und damit dem Handlungsergebnis (Ostrom 2009: 33). So kann ein Gesetzgeber bei Vorschriften (mit) entscheiden, während ein Interessenvertreter potenziell Einfluss nehmen kann, aber keine Entscheidungsgewalt innehat (Loer & Töller 2019). Eine Handlungssituation kennzeichnet sich zudem durch die verfügbaren Informationen der Akteure über die Situation selbst. Für eine Analyse können vollständige und unvollständige Informationen der Akteure angenommen werden. Ein gewisses Maß an Informationen muss den Akteuren vorliegen, um in der Situation agieren zu können. Die letzte Komponente einer Handlungssituation besteht aus den Kosten und Nutzen der Handlungen. Kosten können bspw. für Personal entstehen. Der Nutzen spiegelt sich im potenziellen Ergebnis wider. All diese Komponenten charakterisieren die Handlungssituation. Diese wirken sich auf die Interaktionen der Akteure aus (Ostrom 2009: 33).

Interaktionen umfassen die wechselseitigen Handlungen und Reaktionen der Akteure, etwa im Austausch von Informationen, in Konflikten oder in Verhandlungsprozessen. Sie leiten sich aus den sieben Komponenten der Handlungssituation ab, da diese die möglichen Handlungs- und Reaktionskombinationen prägt (Ostrom 2009: 15). Werden Interaktionen wiederholt durchgeführt, so entsteht durch den damit verknüpften Vertrauensaufbau eine Dynamik, die spätere Entscheidungen und Kooperationen maßgeblich beeinflussen kann (Ostrom 2021: 219).

Neben den institutionellen Rahmenbedingungen, der Handlungssituation und den Interaktionen beinhaltet das IAD-Framework das Element der *Handlungsergebnisse*. Diese Resultate der Interaktionen können sowohl in materieller als auch in immaterieller Form sein (Ostrom 2009: 14). Da die Handlungssituation durch die verfügbaren Handlungen, Positionen, Kontrollmöglichkeiten und Informationsbedingungen die Interaktionen der Akteure formt, beeinflusst sie zugleich maßgeblich die Entstehung und Ausgestaltung der Ergebnisse (Ostrom 2009: 33).

Die Interaktionen und Handlungsergebnisse werden durch Kriterien bewertet (*Bewertungskriterien*). Diese Beurteilung der Handlungen und Ergebnisse soll dazu

dienen, zu entscheiden, ob und wie die institutionellen Rahmenbedingungen angepasst werden sollen. Ostrom nennt als mögliche Bewertungskriterien die ökonomische Effizienz, die Gerechtigkeit, die Anpassungsfähigkeit, Resilienz und Robustheit, die Verantwortlichkeit und die Übereinstimmung mit den allgemeinen moralischen Standards. Die ökonomische Effizienz kennzeichnet sich durch das Ausmaß des Gewinns mit den verfügbaren Mitteln. Gerechtigkeit sorgt für eine faire Verteilung und Behandlung aller Beteiligten, indem sowohl ärmere als auch wohlhabendere Gruppen angemessen berücksichtigt werden und Nutznießer entsprechend ihrem Vorteil anteilig zur Finanzierung beitragen (fiskalische Äquivalenz). Anpassungsfähigkeit, Resilienz und Robustheit bezeichnen die Fähigkeit eines Systems, auf Störungen zu reagieren, seine Leistungsfähigkeit weitgehend aufrechtzuerhalten und sich bei Bedarf in einen neuen stabilen Zustand zu überführen. Verantwortlichkeit erfasst, in welchem Maß die Ansichten der Betroffenen in Entscheidungsprozesse einfließen und Entscheidungsträger Rechenschaft ablegen müssen. Schließlich überprüft die Übereinstimmung mit den allgemeinen moralischen Standards, ob die Interaktionen und Ergebnisse Ehrlichkeit und Fairness fördern oder behindern (Ostrom 2009: 21 f.).

Zusammenfassend legt das IAD-Framework dar, dass institutionelle Rahmenbedingungen die konkrete Handlungssituation formen, in deren Kontext Akteure im Prozess der Interaktionen Handlungswege wählen, die zu Ergebnissen führen. Diese werden mithilfe definierter Bewertungskriterien beurteilt, um zu entscheiden, ob die bestehende Regelstruktur fortgeführt, modifiziert oder grundlegend überarbeitet werden sollte. Zugleich üben die so gewonnenen Ergebnisse eine Rückkopplung auf die Rahmenbedingungen aus und verändern damit nachhaltig die Struktur künftiger Handlungssituationen (Ostrom 2009: 13 f.).

3 Institutionelle Rahmenbedingungen der KI-Regulierung

3.1 Die EU

3.1.1 Institutionelle Akteure

Die institutionellen Rahmenbedingungen in der EU im Kontext der Regulierung von KI basieren auf einem komplexen Gefüge, das klassische EU-Institutionen und neu eingesetzte Agenturen verbindet. Die Europäische Kommission agiert als zentraler Akteur in der Entwicklung von Gesetzen wie dem AI Act, während das EU-Parlament und der Europäische Rat über Gesetzesvorschläge der Kommission beraten. Das eingesetzte EU AI Office agiert aus der Generaldirektion für Kommunikationsnetze und Technologien als Koordinator bei der Implementierung des AI Acts und des Europäischen KI-Beirats (Future of Life Institute 2024a).

Auf Initiative der Europäischen Kommission wurde 2018 die European AI Alliance etabliert, die seit ihrer Gründung einen offenen politischen Dialog fördert, indem sie regelmäßige Veranstaltungen und öffentliche Konsultationen mit insgesamt 6000 Stakeholdern durchführt. Die Entwicklung dieser Multi-Stakeholder-Plattform war wesentlich an der Erstellung des "Trustworthy AI"-Konzeptes beschäftigt, welches darauf abzielt, KI sicher und transparent zu gestalten und unterstützte die Arbeit der High-level expert group on artificial intelligence (Europäische Kommission 2025c; 2025d). Ein weiterer zentraler Akteur ist der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA), der eine Schnittstelle zwischen KI-Regulierung und Datenschutz einnimmt. Die EDSA-Richtlinien betonen dabei insbesondere die Bedeutung von Transparenz, Datenminimierung und Zweckbindung bei der Entwicklung von KI (EDPB: 2024: 1 f).

3.1.2 Rechtlicher Rahmen

Der AI Act, der seit dem 1. August 2024 gilt (Verordnung (EU) 2024/1689), ist weltweit das erste umfassende Regelwerk für KI. Dieses enthält vier zentrale Ziele: Erstens sollen KI-Systeme sicher sein und die Grundrechte achten. Zweitens soll das Gesetz Rechtssicherheit schaffen, um Innovationen und Investitionen zu steigern. Drittens soll die Governance durch klare Regeln, Verantwortlichkeiten und Transparenz verbessert und damit das Vertrauen gesteigert werden. Und viertens geht es darum, einen einheitlichen Binnenmarkt für sichere, vertrauenswürdige KI-Anwendungen zu schaffen (Europäische Union 2024).

Der AI Act basiert auf einem risikobasierten Ansatz, heißt: Je nach Einordnung gelten unterschiedliche Regeln. KI-Systeme, die ein zu großes Risiko darstellen, sind generell verboten. „Hochrisiko-KI“ muss strenge Vorgaben erfüllen, etwa im Risikomanagement, bei der Datenkontrolle und bedarf menschlicher Aufsicht. Für KI mit begrenztem Risiko gelten vor allem Transparenzpflichten und Systeme mit minimalem Risiko sind weitgehend unreguliert. Außerdem gibt es spezielle Vorschriften für sogenannte allzweckfähige KI-Modelle, besonders für die leistungsstarken, die nochmal genauer geprüft werden müssen (Kop 2021:1).

Der Anwendungsbereich beim AI-Act ist weit gefasst. Der AI Act gilt für das Inverkehrbringen, die Bereitstellung und Nutzung von KI-Systemen und General-Purpose-AI-Modellen (GPAI), also Systeme, die in einer Vielzahl von Anwendungen oder nachgelagerten Systemen integriert werden können (Ramos & Gläser 2024), in der EU und das unabhängig davon, ob der Anbieter, Inverkehrbringer oder Nutzer innerhalb oder außerhalb der EU ansässig sind (Sinan et al. 2024). Damit entwickelt die Verordnung eine extraterritoriale Wirkung. Davon ausgenommen sind solche Systeme, die ausschließlich für militärische Zwecke oder für die Forschung und die Entwicklung verwendet werden. Die Rechtsdefinitionen sind im AI-Act klar geregelt (EY 2024: 7). Ein KI-System ist gemäß Artikel 3 Absatz 1 des AI Acts ein maschinenbasiertes System, das mit verschiedenen Autonomiegraden arbeiten kann. Als Anbieter gilt jede natürliche oder juristische Person, die ein KI-System entwickelt oder entwickeln lässt, unabhängig davon, ob dies entgeltlich oder unentgeltlich geschieht und unabhängig vom Sitz des Anbieters. Ein Inverkehrbringer ist jede natürliche oder juristische Person, die ein KI-System verantwortet und nutzt (EU Artificial Intelligence Act 2025a). Hinsichtlich der Sanktionen und der Durchsetzungsmöglichkeiten sieht der AI-Act einen gestaffelten Bußgeldrahmen vor, der sich an der Schwere des Verstoßes orientiert. Für Verstöße können Bußgelder von bis zu 35 Millionen Euro oder 7 % des weltweiten Jahresumsatzes verhängt werden. Bei Verstößen gegen die Vorschriften für Hochrisiko-KI und Transparenzpflichten drohen bis zu 15 Millionen Euro oder 3 % des weltweiten Jahresumsatzes. Und auch bei falschen Angaben sieht der AI-Act Bußgelder von bis zu 7,5 Millionen Euro oder 1 % des weltweiten Jahresumsatzes vor. Für kleine und mittlere Unternehmen gelten reduzierte, angepasste Bußgelder (EU Artificial Intelligence Act 2025b). Die Durchsetzung wird sowohl zentral, vor allem durch das AI-Office, als auch über die jeweiligen nationalen Behörden in den Mitgliedsstaaten geregelt. Das AI-Office ist dabei für die Überwachung und Durchsetzung bei GPAI zuständig und kann von den Betreibern Dokumente anfordern sowie die Einhaltung

der Vorschriften kontrollieren (Europäische Kommission 2025b). Das European AI Board koordiniert die Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden und sorgt für eine einheitliche Anwendung in der EU, sodass die Mitgliedsstaaten KI-Systeme vom Markt nehmen, verpflichtende Korrekturmaßnahmen anordnen oder den Betrieb untersagen können (Europäische Kommission 2025h). Insgesamt ist der AI-Act als unmittelbar geltende Verordnung mit extraterritorialer Wirkung konzipiert, enthält präzise Definitionen und einen klaren risikobasierten Anwendungsbereich (Sinan et al. 2024). Die vorgesehenen Sanktionsmechanismen bei Verstößen sind streng (EU Artificial Intelligence Act 2025b), während die Durchsetzung durch ein Zusammenspiel von nationalen und europäischen Behörden sichergestellt wird (Europäische Kommission 2025b).

3.1.3 Verfahren

Die europäische Gesetzgebung wird zu etwa 80 % durch informelle Trilogie zwischen Vertretern der Europäischen Kommission, des Rats und des Europäischen Parlaments bewältigt. Diese Konsultationen haben das Ziel, bereits vor der ersten Lesung im Parlament einen Kompromiss zwischen den Institutionen auszuhandeln und damit die bis zu drei Lesungen umfassenden Gesetzgebungsverfahren zu verkürzen. Trilogieverhandlungen spielen eine zentrale Rolle, die darauf abzielt, eine vorläufige Einigung über Gesetzesvorschläge zu erreichen. 86 % der Mitentscheidungsakte werden bereits in der ersten Lesung verabschiedet, was die Bedeutung dieser informellen Verfahren unterstreicht (Del Monte 2025: 3).

3.2 Die USA

3.2.1 Institutionelle Akteure

Die entscheidenden Akteure, die die institutionellen Rahmenbedingungen in den USA prägen, sind neben den zentralen Bundesinstitutionen wie dem Weißen Haus und dem Kongress auch nachgeordnete Behörden und einzelne Bundesstaaten. Aufgrund eines nicht einheitlichen Rechtsrahmens sind die einzelnen Akteure vor allem für einzelne Initiativen verantwortlich.

Auf Bundesebene koordiniert das im Weißen Haus angesiedelte Office of Science and Technology Policy die Ausrichtung und Entwicklung der KI-Regulierung, was insbesondere durch die Verantwortung am Blueprint for an AI Bill of Rights deutlich

wird (OSTP 2022). Das National Institute of Standard and Technology (NIST) entwickelte das Artificial Intelligence Risk Management Framework (AI RMF 1) und war für den dazugehörigen Konsultationsprozess zuständig (NIST 2023). Als Bundesbehörde tritt die Federal Trade Commission (FTC) als Akteur auf. Sie nimmt die Überwachung und Untersuchung von möglichen missbräuchlichen KI-Systemen vor (FTC 2023; Sha & Dhaliwal 2023). Auf der legislativen Ebene spielen der US-Kongress mit dem Senate Judiciary Committee und das House Energy and Commerce Committee eine zentrale Rolle. Sie führen öffentliche Anhörungen durch und können Gesetzesentwürfe initiieren (Leopard 2023; Shaheen et al. 2023). Das House Energy and Commerce Committee hatte bspw. ein 10-jähriges Moratorium für alle neuen KI-Regulierungen auf den Weg gebracht (Inside Global Tech 2025; Samp et al. 2025). Aufgrund des nicht vorhandenen einheitlichen Rechtsrahmens treten auch einzelne Bundesstaaten, wie bspw. Colorado und Kalifornien, als aktive Akteure im Kontext der KI-Regulierung auf, indem sie eigene Gesetze initiieren und umsetzen und damit die Rahmenbedingungen der KI-Regulierung entscheidend mitgestalten (Colorado General Assembly 2024; California Legislature 2024a; 2024b).

3.2.2 Rechtlicher Rahmen

Die KI-Regulierung wird in den USA nicht über ein einzelnes Bundesgesetz geregelt, sondern verfolgt einen dezentralen und sektorspezifischen Ansatz, der bereits bestehende Regeln wie bspw. zum Verbraucherschutz und Datenschutz mit freiwilligen Industriestandards ergänzt. Anstatt ein einheitliches Bundesgesetz zu voranzubringen, erließ Präsident Biden am 30. Oktober 2023 die Executive Order 14110 "Safe, Secure, and Trustworthy Development and Use of Artificial Intelligence" als zentrales Steuerungsinstrument der Exekutive, welches mit Leitprinzipien versehen war, wie z.B. Sicherheit, Fairness und Datenschutz und damit 50 Bundesbehörden zu mehr als 100 Maßnahmen verpflichtete (The White House 2023). Während der Amtszeit von Präsident Biden wurde das durch das OSTP entwickelte AI Bill of Rights entwickelt, welches im Oktober 2022 veröffentlicht wurde. Der Veröffentlichung war ein einjähriger Konsultationsprozess mit der Zivilgesellschaft, Experten und Industrievertretern vorausgegangen. Dieser Prozess hatte das Ziel, einen umfassenden Rahmen zu entwickeln, der eine Sammlung und Integration der verschiedenen Perspektiven hinsichtlich von Chancen und Risiken automatisierter Systeme beinhaltet (OSTP 2022). Der AI Bill of Rights hat aufgrund seiner fehlenden Rechtsbindung und Durchsetzungskraft nur begrenzt direkte Wirkung, da er als freiwilliges Rahmenwerk konzipiert wurde, sodass die zentralen Grundprinzipien, wie

etwa Sicherheit, Datenschutz, Transparenz und Schutz vor algorithmischer Diskriminierung, lediglich unverbindliche Empfehlungen waren (Holland 2023). Ähnlich dem Bill of Rights veröffentlichte das NIST am 26. Januar 2023 das freiwillige Artificial Intelligence Risk Management Framework (AI RMF 1). Damit reagierte das NIST auf den National Artificial Intelligence Initiative Act von 2020, der dem NIST auftrag, Richtlinien und Frameworks für freiwillige Standards von KI-Systemen zu entwickeln (NIST 2023: 1 ff.). In dem Prozess wurde ein zweiteiliges Rahmenwerk erstellt: Im ersten Teil werden Grundinformationen zu Risiken und Vertrauenswürdigkeit von KI bereitgestellt. Im zweiten Teil werden vier Kernfunktionen (Govern, Map, Measure und Manage) zur iterativen Steuerung im Risikomanagement über den gesamten Lebenszyklus von KI-Systemen benannt (NIST 2023: 3). Das Framework legt seinen Fokus auf einen sozio-technischen Ansatz, der Merkmale vertrauenswürdiger KI bestimmt, wie Sicherheit, Fairness und Transparenz (NIST 2023: 12 ff.). Auch wenn der AM RMF 1 wiederum ein freiwilliges Handlungskonzept darbietet, hatte seine Etablierung erhebliche regulatorische Auswirkungen. Colorado nutzte das Framework in seinem Colorado AI Act, um Unternehmen, die das Framework befolgen, einen faktischen Rechtsschutz gegen regulatorische Durchsetzung zu ermöglichen, und auch Kaliforniens Gouverneur Newsom erließ eine EO, die staatliche Behörden anwies, Richtlinien für den öffentlichen Sektor zu entwickeln, die auf dem AI RMF 1 basieren (Marshall & Elliot 2025; Tam 2024). Außerdem hat der Bundesstaat Kalifornien Bundesstaatgesetze erlassen, die die Entwickler zur Offenlegung und Transparenz verpflichten. Das Gesetz AB 2013 verpflichtet die Entwickler von generativen KI-Systemen ab 2026, die verwendeten Trainingsdaten, Datenquellen und Verarbeitungsprozesse zu veröffentlichen (California Legislature 2024a). Darüber hinaus wurde der California Senate Bill 942 eingeführt, der große Anbieter generativer KI-Systeme dazu verpflichtet, sichtbare Hinweise auf KI-generierte Inhalte zu verwenden, um Verbraucher über den Ursprung zu informieren (California Legislature 2024b).

Im November 2023 autorisierte die FTC eine Resolution, die sie autorisierte, für 10 Jahre den Einsatz von sogenannten Civil Investigative Demands (CIDs) in nicht öffentlichen Untersuchungen von KI-Produkten und -dienstleistungen durchzuführen. Mit diesem vereinfachten Verfahren kann die FTC ohne weitere bürokratische Hürden bestimmte Vorfälle untersuchen (FTC 2023; Sha & Dhaliwal 2023).

Mit der Präsidentschaft von Donald Trump und seiner EO 14179 "Removing Barriers to American Leadership in Artificial Intelligence" wieder aufgehoben, mit dem Hintergrund eine Deregulierung herbeizuführen, die die Innovationsförderung wieder

in den Vordergrund stellte (The White House 2025a). Die anderen Initiativen aus der Amtszeit von Präsident Biden waren von dieser Handlung aber nicht betroffen.

3.2.3 Verfahren

Gesetzesentwürfe im US-Kongress durchlaufen einen gut strukturierten Prozess. In den Fachausschüssen werden mit Hilfe von öffentlichen Hearings, internen Briefings und sogenannten Mark-Up-Sessions Gesetzesentwürfe beraten. Insbesondere bei technischen Themen wie der KI-Regulierung sind die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter auf tiefere Expertise angewiesen. Sie bekommen mit Briefings komplexe Sachverhalte näher erläutert und erhalten damit Entscheidungshilfen. Im Kontext der KI-Regulierung konnten intensive Bemühungen von Lobbyaktivitäten festgestellt werden. Das Ergebnis der Aktivitäten wird insbesondere in der fragmentierten Regulierungslandschaft deutlich. Neben den legislativen Verfahren werden, wie oben beschrieben, auch weitere Akteure mit eingebunden. Die FTC arbeitet seit dem Beschluss aus dem November 2023 sogenannte CIDs ein. CIDs sind administrative Vorladungen zur Vorlage von Dokumenten und Aussagen. Empfänger solcher CIDs müssen sich innerhalb von 14 Tagen mit FTC-Mitarbeitern auseinandersetzen, ansonsten droht eine gerichtliche Durchsetzung (FTC 2018; FTC 2023).

3.3 Einordnung der KI-Regulierung in EU und USA am IAD-Framework

3.3.1 Institutionelle Rahmenbedingungen

Die KI-Regulierung in der EU und USA wird im IAD-Framework zunächst anhand der institutionellen Rahmenbedingungen – der biophysischen Welt, den Merkmalen der Gemeinschaft und den geltenden Regeln – eingeordnet.

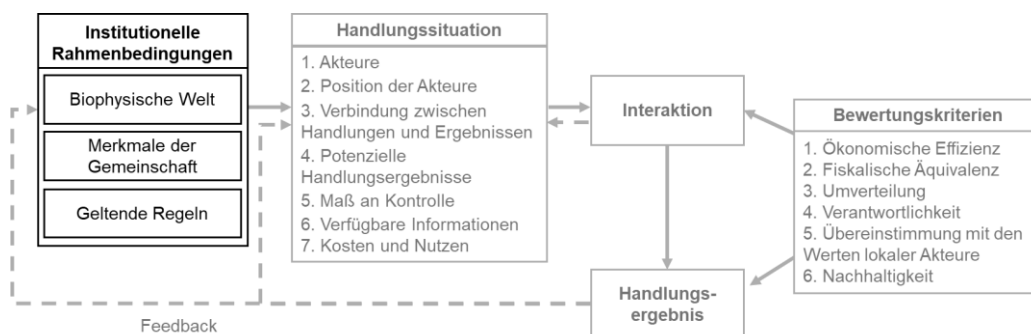


Abbildung 3: IAD-Framework: Fokus institutionelle Rahmenbedingungen (in Anlehnung an: Ostrom 2009: 15)

In der EU zeichnet sich die biophysische Welt im Kontext der KI-Regulierung durch eine strategische Infrastrukturentwicklung aus. So stärkt die Europäische Kommission diesen Bereich unter anderem durch klare Zielvorgaben, wie die Definition verbindlicher Ausbauziele für „KI-Fabriken“. Durch diesen gezielten Ausbau und die damit steigende Reichenleistung wird das Wachstum gefördert. Auch die Entwicklung von KI wird finanziell unterstützt. Geplant ist etwa ein Fond in Höhe von 20 Mrd. Euro zur Errichtung sogenannter ‚KI-Gigafactories‘ (Europäische Kommission 2025e). Global betrachtet steht Europa hinsichtlich der Rechenleistung im Verhältnis zu seinem Anteil an der Weltwirtschaft jedoch noch im Rückstand und muss zur Wettbewerbsfähigkeit seine Kapazitäten daher weiter ausbauen (Doan et al. 2025).

Die Merkmale in der Gemeinschaft im Bereich KI sind in der EU vorwiegend kooperativ und strukturiert. Die European AI Alliance ist beispielsweise eine Initiative, bei der Stakeholder aus Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie, Zivilgesellschaft sowie Politik in einen mehrstufigen, offenen Politikdialog führen (Europäische Kommission 2025c). Dies zeigt den kooperativen, gesellschaftlichen Ansatz der EU. Darüber hinaus gibt es in der EU die „EU AI Champions Initiative“ mit dem Ziel, die KI-Entwicklung strukturiert zu beschleunigen. Teil dessen sind 60 europäische Unternehmen in allen Größen, vom Start-up bis zu Konzernen (Bandhakavi 2025).

Die geltenden Regeln umfassen Vorschriften durch „rules in law“ (gesetzliche festgelegte Vorschriften) und „rules in use“ (gelebte Regeln und Normen) (Ostrom 2021: 226). Im Falle der EU manifestieren sich die „rules-in-use“ insbesondere im mehrstufigen Gesetzgebungsverfahren mit Kommission, Parlament und Rat, in den spezifischen Konsultationsmechanismen und in der Rolle des Trilogverfahrens, das informelle Verhandlungen zwischen den Institutionen ermöglicht und gezielte Einflussnahmen begünstigen oder begrenzen kann (Transparency International EU 2018). Die in den öffentlichen Stellungnahmen der Technologieunternehmen häufig adressierten Aspekte – wie etwa die Notwendigkeit von Transparenz im Trilog oder die Kritik an exklusiven Zugangsmöglichkeiten zu bestimmten Verhandlungsphasen – spiegeln genau diese institutionellen Regeln wider (Business Europe 2018). In der EU basieren die „rules in law“, wie bereits ausführlich in Kapitel 3.1 beschrieben, überwiegend auf dem AI Act, welcher ein einheitlichen und umfassenden Rechtsrahmen bildet. Seine vier Ziele – Sicherheit, Schutz der Grundrechte, Rechtssicherheit, einheitlicher Binnenmarkt (Europäische Union 2024) – spiegeln einen zentralen und risikobasierten Ansatz wider, der durch klare Sanktionen und Durchsetzungsmechanismen bei Nichteinhaltung durchgesetzt wird (Engler 2023; Artificial Intelligence Act 2024).

Die institutionellen Rahmenbedingungen in den USA unterscheiden sich in einigen Bereichen von denen der EU. Die biophysische Welt der USA im Bereich der KI-Regulierung umfasst eine dezentrale Infrastrukturentwicklung, welche marktgetrieben umgesetzt wird (Stansbury et al. 2025). Dies führt zu einer hohen Wachstumsrate im KI-Sektor, zum anderen zu hohen privaten Investitionen (Anwar, 2024; Stansbury et al. 2025). So wurden 2024 in den USA 109,08 Mrd. US-Dollar im Bereich KI privat investiert; in Deutschland sind es zum Vergleich 1,97 Mrd. US-Dollar gewesen (Stanford University 2025). Dadurch nehmen private Technologieunternehmen in den USA eine zentrale Rolle in der Erweiterung der Infrastruktur, bspw. in Form von Rechenzentren, ein. Wachstumsprognosen spiegeln diese hohe Steigerung ebenfalls wider, jedoch führt die Expansion gleichzeitig zu Kapazitätsproblemen und langen Wartezeiten (Anwar 2024; Stansbury et al. 2025). Zusätzlich konzentriert sich die KI-Infrastruktur auf wenige Regionen in den USA: Silicon Valley, Nord-Virginia, Dallas, Phoenix und Chicago (Anwar 2024).

Die Merkmale der Gemeinschaft im Bereich KI sind in den USA durch eine marktorientierte Struktur mit viel Expertise und Kapital geprägt (Donovan 2025). Diese Struktur und die ‚KI-Gemeinschaft‘ zentrieren sich vorrangig auf das Silicon Valley. 50,5 % aller Unternehmen im KI-Sektor sind in Kalifornien angesiedelt, überwiegend in der Region des Silicon Valleys (Mutis 2020: 5). An diesen Knotenpunkten finden zahlreiche Fachveranstaltungen zum Wissensaustausch und Netzwerken statt (Bay Area Founders Club 2025; Guerrero 2025).

Die Charakteristika der biophysischen Welt sowie die Merkmale der Gemeinschaft in den USA im Bereich finden sich ebenfalls in den geltenden Regeln wieder. Denn auch hier zeichnet sich diese durch eine dezentrale, sektorspezifische Struktur ohne eine bundesweite, einheitliche Gesetzgebung aus. Die „rules-in-use“ sind durch ein präsidentielles System mit zentraler Rolle von Bundesbehörden (wie dem NIST) sowie durch offene, aber dezentralisierte Konsultationsprozesse bei der Entwicklung von Regulierungsstandards geprägt (NIST: 2023; Holistic AI 2024: 11f.). Unternehmen und Verbände nehmen dort etwa in Form von „public comments“ oder bei Anhörungen Einfluss (Future of Life Institute 2024b: 3). Das AI RMF 1 welches von NIST entwickelt wurde (vgl. Kapitel 3.2) kommt den „rules-in-law“ am nächsten. Es ist im Gegensatz zum AI Act der EU jedoch nicht bindend, sondern bildet ein freiwilliges Rahmenwerk (NIST 2023: 1 ff.). Dennoch wirkte sich das Rahmenwerk sektorspezifisch auf einzelne Bundesstaaten aus. So führte beispielsweise Kalifornien Gesetze zur Offenlegung der Datenquellen und des Verarbeitungsprozesses von KI ein (California Legislature 2024a).

Zusammenfassend zeigt sich, dass die EU im Bereich KI und KI-Regulierung strukturiert vorgeht. Dies äußert sich in der biophysischen Welt durch den Bau von KI-Infrastruktur, in den Merkmalen der Gemeinschaft durch kooperative und strukturierte Initiativen wie der EU AI Champions Initiative und besonders in den geltenden Regeln, durch die Gesetzgebung in Form des AI Acts. Die Struktur der EU im Bereich KI ist somit zentral gesteuert und verfolgt das Ziel der Risikominimierung. Die USA hingegen zeichnen sich in allen Bereichen der institutionellen Rahmenbedingungen durch eine dezentrale Struktur aus. So erfolgen Investitionen in die Infrastruktur und die Durchführung von Fachveranstaltungen dezentral, was zu einer starken Rolle von Technologieunternehmen und gleichzeitig einem erheblichen Volumen von Expertise und Kapital führt. Die geltenden Regeln zeigen ebenfalls diese dezentrale Struktur durch keine bindende bundesweite Gesetzesregelung und lediglich den freiwilligen Rahmen durch das AI RMF 1. Sektoral unterscheiden sich in den USA die Handhabung in der KI-Gesetzgebung als auch die Konzentration der Unternehmen im KI-Sektor.

3.3.2 Handlungssituation

Die Handlungssituation lässt sich nach Ostrom, wie in Kapitel 2.5 beschrieben, anhand von 7 Komponenten charakterisieren: Akteure, deren Position, Handlungen und deren Verbindung zu Ergebnissen, potenzielle Handlungsergebnisse, das Maß an Kontrolle, die verfügbaren Informationen sowie Kosten und Nutzen. Diese Komponenten werden jeweils für die Fallbeispiele EU und USA eingeordnet.

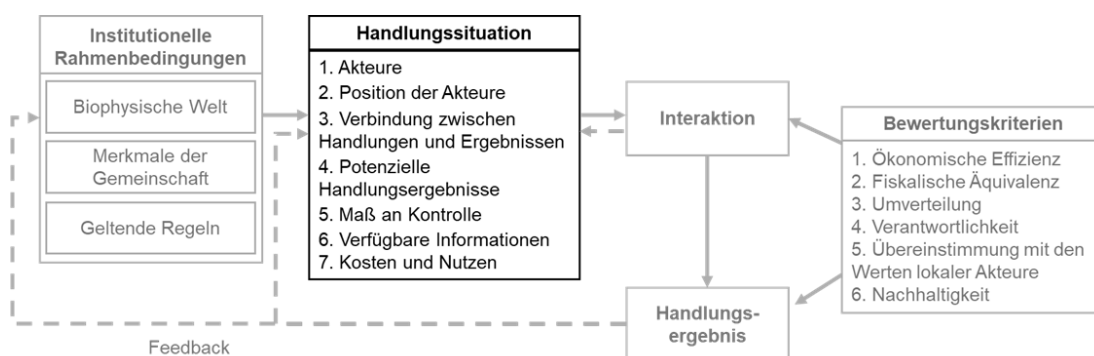


Abbildung 4: IAD-Framework: Fokus Handlungssituation (in Anlehnung an: Ostrom 2009: 15)
Handlungssituationen werden maßgeblich von den institutionellen Rahmenbedingungen beeinflusst. In der EU bestimmt die zentrale Steuerung der KI-Regulierung die Ausgangslage, in der die Akteure agieren (Engler 2023). Zu diesen zählen vor allem Technologieunternehmen im KI-Sektor – wie Google,

Microsoft, Amazon und Meta –, die häufig auch über Thinktanks Einfluss nehmen (Schyns 2023: 17). All diese Akteure nehmen die Position der Interessenvertreter ein. Dem gegenüber stehen auf politischer Seite die Europäische Kommission als zentraler Akteur sowie das EU-Parlament, der Europäische Rat und das EU AI Office (Future of Life Institute 2024a). Sie nehmen entweder die Position der Gesetzesentwicklung bzw. -beratung oder Implementierungskoordination ein (vgl. Kapitel 3.1). Darüber hinaus gibt EDSA, welcher als Schnittstelle zwischen Datenschutz und KI-Regulierung auftritt (EDPB 2024: 1 f). Interessenvertreter agieren in Form von Lobbyaktivitäten. Diese sind in der EU zahlreich vertreten. So führte Google im Zeitraum Herbst 2022 bis Januar 2023 allein 28 Meetings mit dem EU-Parlament. Dies zeigt ein Beispiel für den (versuchten) Einfluss der Unternehmensseite auf die KI-Regulierung (Schyns 2023: 23). Auf politischer Seite finden Trilogue-Verhandlungen zwischen Kommission, Parlament und Rat statt, die als Kernbestandteil des EU-Entscheidungsprozesses gelten (Future of Life Institute 2025). Ein zentrales Handlungsergebnis ist der AI Act, der als rechtlich bindende KI-Gesetzgebung auf EU-Ebene verabschiedet wurde (Europäische Union 2024). Potenzielle, zukünftige Handlungsergebnisse könnten den Erhalt oder Wandel dieses Rahmens umfassen (vgl. Kapitel 2.3). Interessenvertreter können das Ergebnis jedoch nicht direkt entscheiden, da sie keine Entscheidungsbefugnis im Gesetzgebungsprozess innehaben. Anders ist das bei politischen Akteuren wie der Europäischen Kommission, die direkt für die Entwicklung des AI Acts zuständig ist (Loer & Töller 2019; Europäische Kommission 2025g). Die Interessenvertreter kennen bei ihren Handlungen und Entscheidungen nicht alle Informationen. In der EU herrscht jedoch eine hohe Informationstransparenz. So gibt es beispielsweise eine hohe Stakeholder-Beteiligung bei öffentlichen Konsultationen. Industrie-Akteure, in denen die Unternehmen im KI-Sektor einzuordnen sind, nehmen mit 47,2 % den größten Teilnehmerkreis ein (Europäische Kommission 2025f). Andersherum kennen die politischen Entscheidungsträger bei Entwicklung und Beratung ebenfalls nicht alle Informationen aus Industrie und Wirtschaft. Die kooperative Struktur, wie bei der European AI Alliance, führt jedoch zu einem Austausch (Europäische Kommission 2025c; 2025d). Die Kosten und Nutzen der Interessenvertreter entstehen neben den direkten Lobbying-Kosten auch durch Compliance, vor allem bei Anbietern von High-Risk-AI-Systemen. Sie müssen umfangreiche Dokumentations-, Transparenz- und Risikomanagementpflichten erfüllen (Bird & Bird 2025: 6). Dem gegenüber steht der Nutzen eines fairen Wettbewerbs durch den einheitlichen Binnenmarkt (Europäische Union 2024). Die Handlungsentscheidungen beeinflussen den Ausgang des Ergebnisses, so kann dies auch auf die Gesetzeslage einwirken. Aus politischer Sicht

steht auch der gesellschaftliche Nutzen im Vordergrund, der zur Sicherheit der Grundrechte und der Verbraucher beiträgt (Jelinek 2024).

In den USA weisen die institutionellen Rahmenbedingungen, die die Handlungssituation beeinflussen, hingegen eine dezentrale, marktorientierte Struktur auf (Davtyan 2024: 223; Stansbury et al. 2025). Die Akteure in der Handlungssituation sind, wie bei der EU, Technologieunternehmen im KI-Sektor sowie deren Vertreter in Thinktanks (Matsakis 2023; Marcelino 2024). Sie nehmen ebenfalls die Position der Interessenvertreter ein. Dem gegenüber stehen in der USA auf politischer Ebene das Weiße Haus, der Kongress und die Bundesbehörden, wie das NIST, sowie die Entscheidungsträger auf bundestaatlicher Ebene. Obwohl sie formal die Position der Gesetzesentwicklung und -beratung einnehmen könnten, ist der gesetzliche Rahmen im KI-Bereich der USA nicht bindend (DLA Piper 2023) – ausgenommen einzelner Bundesstaaten mit eigenen Regelungen (vgl. Kapitel 3.2; Colorado AI Act; California Senate Bill 942). So fördert die politische Ebene in den USA die Deregulierung und nicht die Gesetzgebung (Daytan 2024: 223 f.). Ihre Handlungen beziehen sich primär auf die Entwicklung von rechtlich nicht bindenden EOs, die ein zentrales Handlungsergebnis darstellen (The White House 2025b: 5). Neben der EO ist das AI RMF 1 der NIST als freiwilliges Framework eines der Handlungsergebnisse in den USA (NIST 2023: 1 ff.). Interessenvertreter können als potenzielles Handlungsergebnis den Erhalt sowie den Wandel dieses freiwilligen Rahmens anstreben (vgl. Kapitel 2.3). Die Informationsstruktur ist wie in der EU begrenzt, jedoch weniger formalisiert. So herrscht ein stärkeres Ungleichgewicht in der Informationsversorgung der politischen Entscheidungsträger aufgrund des starken Einflusses der Interessenvertreter (Sabin 2024: 2). Dennoch stellt das NIST Expertise bereit, auf die u. a. politische Entscheidungsträger zugreifen können. Interessenvertreter können sich vor allem an KI-Knotenpunkten wie dem Silicon Valley zahlreich über Fachveranstaltungen austauschen (Bay Area Founders Club 2025; Guerrero 2025). Aufgrund der sektoralen Verteilung in den USA herrscht jedoch zwischen den Interessenvertretern ein informatives Ungleichgewicht (Mutis 2020: 5). Darüber hinaus besitzen die Technologieunternehmen durch den deregulierten Ansatz einen stärkeren Einfluss als die Zivilgesellschaft, welcher sich auch in deren Informationslage widerspiegelt (Access Now 2024). Die Kosten belaufen sich für Interessenvertreter vorrangig auf Lobby-Aktivitäten, weniger für Compliance (Jenkins 2024). Dem gegenüber steht ihr erheblicher Einfluss auf die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der freiwilligen Rahmenwerke. Aus politischer Perspektive steht

weniger der Verbraucherschutz im Vordergrund als vielmehr die Förderung von Expertise, Kapitalfluss und Innovation im US-KI-Markt (Fortgang 2023; Frazier 2025).

Während die Interessenvertreter in der EU ihre Lobbystrategie auf einen zentralen, strukturierten und rechtlich bindenden Ansatz anpassen müssen, sollte in den USA die Strategiewahl entsprechend des deregulierten Ansatzes und der Berücksichtigung des hohen Wettbewerbs im KI-Sektor ausgewählt werden.

4 Empirische Untersuchung

4.1 Forschungsansatz und Design

Die vorliegende Arbeit ist eine empirische, qualitative Sekundärdatenanalyse, bei der vorhandene Dokumente als Datenbasis dienen (Heaton 2008: 34). Es handelt sich dabei um eine Dokumentenanalyse, da weder eigene Interviews noch Umfragen erhoben, sondern bereits existierende Unternehmenspapiere, Presseberichte sowie wissenschaftliche Paper systematisch ausgewertet werden (Bowen 2009: 27). Diese Dokumente werden mit Hilfe von MAXQDA untersucht. Die Auswertung erfolgt mittels qualitativer Inhaltsanalyse, um in den Texten Muster in der Wahl der Lobbystrategien basierend auf den institutionellen Rahmenbedingungen zu identifizieren und aufzubereiten. Dazu werden sowohl qualitative als auch quantitative Analyseschritte vorgenommen, sodass die Untersuchung in den Bereich der Mixed-Methods einzuordnen ist (Mayring 2014: 10).

Für die theoretische Einordnung wird das IAD-Framework nach Ostrom herangezogen (vgl. Kapitel 2.5). Es bietet einen bewährten Rahmen, um die verschiedenen Ebenen institutioneller Rahmenbedingungen und ihre Wechselwirkungen zu beschreiben (Hill & Hupe 2006; Kuhlmann 2013; Kapitel 2.5). Das IAD-Framework ermöglicht, die spezifischen Handlungssituationen von KI-Unternehmen in der EU und den USA systematisch einzuordnen und zu analysieren.

So wurden in Kapitel 3.3.1 bereits die institutionellen Rahmenbedingungen in den EU- und USA-Kontext eingeordnet, wobei der Fokus der Untersuchung auf den geltenden Regeln liegt. Das daran anknüpfende Kapitel 3.3.2 thematisiert die Handlungssituationen in den beiden Regionen, in denen die Interessenvertreter agieren. Dies bildet die Basis für die Untersuchung. In MAXQDA werden die Interaktionen in den Handlungssituationen mit dem Ziel eines Handlungsergebnisses untersucht.

Zur Operationalisierung und Kodierung der Interaktionen in MAXQDA dienen die Unterscheidungskriterien der Lobbystrategien nach Schiffers: Policy-Ziel, Zugangsweg und Strategieausrichtung (vgl. Kapitel 2.4).

Die daraus entstehenden Ergebnisse werden mittels qualitativer Inhaltsanalyse im Mixed-Method-Ansatz dargelegt. Darauf folgend werden die Ergebnisse zu den Lobbystrategien zunächst je Region, dann vergleichend anhand des IAD-Frameworks

analysiert. Abschließend erfolgt eine Bewertung der Interaktionen und Ergebnisse anhand der Bewertungskriterien.

4.2 Datengrundlage und Fallauswahl

Für die vorliegende Untersuchung werden Reaktionen von Interessenvertretern zu den institutionellen Rahmenbedingungen in Form von KI-Regulierungsinitiativen betrachtet. Der Untersuchungszeitraum umfasst 2020 bis 2025. Demnach bedeutet das im EU-Kontext, dass Interaktionen bzw. Reaktionen der Interessenvertreter von der Absichtserklärung bis zur Verabschiedung des EU AI Acts betrachtet werden (vgl. Kapitel 3.1 bzw. 3.3.1). Im US-Kontext schließt der Untersuchungszeitraum die seit 2023 von NIST veröffentlichten Leitlinien, die Initiativen des Weißen Hauses in Form von Executive Orders sowie einzelne bundesstaatliche Richtlinien und Gesetze ein (vgl. Kapitel 3.2 bzw. 3.3.1).

Als Dokumententyp werden Policy Papers, schriftliche Stellungnahmen, öffentliche Äußerungen in Diskussionsrunden sowie Anhörungsprotokolle verwendet. Ergänzend werden Presseberichte und Fachpublikationen herangezogen, um die Reaktionen der Interessenvertreter auf die KI-Regulierungen möglichst vollständig abzubilden. Für die Auswahl der Dokumente wurden Kriterien in Bezug auf den Inhalt und die Akteure festgelegt. Auf inhaltlicher Ebene werden nur Dokumente gewählt, die einen klaren Bezug zu den institutionellen Rahmenbedingungen aufweisen sowie eine strategische Positionierung der Interessenvertreter enthalten. Somit werden rein informative Texte ohne erkennbaren Bezug zu Lobbyaktivitäten ausgeschlossen. Auf Ebene der Akteure (Interessenvertreter) liegt der Schwerpunkt auf großen privatwirtschaftlichen Technologieunternehmen wie Google, Meta, Amazon, Microsoft und OpenAI. Darüber hinaus werden branchenübergreifende oder sektorspezifische Verbände sowie Thinktanks einbezogen.

Die Dokumente werden nach dem Cluster-Sampling strukturiert (Daniel 2012: 151). Demnach werden die Dokumente in MAXQDA nach Region (EU und USA) einsortiert. Hierzu wird eine Mindestanzahl von mindestens 25 Dokumenten je Cluster sichergestellt. In dieser Untersuchung findet das einstufige Cluster-Sampling Anwendung, da die Dokumente selbst nicht weiter unterteilt werden und auch keiner Zufallsauswahl unterliegen. Stattdessen werden für die Auswertungen alle Dokumente je Cluster einbezogen (Daniel 2012: 152 f.).

Alle ausgewählten Dokumente werden in MAXQDA importiert und mit Metadaten versehen (Region, Jahr, Autor, Titel) und im Kodiersystem analysiert. Dies sichert die Objektivität und Nachvollziehbarkeit der Untersuchung.

4.3 Auswertungsmethode MAXQDA

Als zentrales Analyseinstrument wird MAXQDA verwendet, welches sich bereits in anderen wissenschaftlichen Studien bewährt hat (Hatani 2015; Santos et al. 2021). Zunächst werden die Dokumente in MAXQA importiert, mit Metadaten versehen und in eine kodierbare Umgebung überführt (Rädiker & Kuckartz 2019: 31).

Anschließend folgt die Kodierung, die nach dem deduktiv-induktiven Ansatz der qualitativen Inhaltsanalyse vorgenommen wird (Mayering 2014: 104). Demnach werden im ersten Schritt die Kodierungen deduktiv durchgeführt, sodass diese direkt aus der theoretischen Grundlage entnommen werden – den Unterscheidungskriterien von Lobbystrategien nach Schiffers (2021: 5). Das Codesystem wird hierarchisch strukturiert. Hieraus entstehen zwei Ebenen aus sogenannten Ober- und Subcodes (Rädiker & Kuckartz 2019: 31). Das Policy-Ziel, der Zugangsweg und die Strategieausrichtung bilden die Obercodes. Die Subcodes unterteilen diese in den ‚Politikwandel‘ und ‚Status-Quo-Erhalt‘ (Policy-Ziel), das ‚Inside-Lobbying‘ und ‚Outside-Lobbying‘ (Zugangsweg) sowie die ‚kooperative Ausrichtung‘ und ‚konfrontative Ausrichtung‘ (Strategieausrichtung). Im zweiten Schritt erfolgen mehrere Kodierdurchgänge. Hieraus resultieren induktiv weitere Kodierungen. So werden die Subcodes „Inside Lobbying“ und „Outside Lobbying“ um Sub-Subcodes ergänzt: Unter ‚Inside Lobbying‘ können ‚Persönliche Gespräche‘, ‚Schriftliche Stellungnahmen‘ und ‚Anhörungen/Workshops‘ abgeleitet werden, unter ‚Outside Lobbying‘ ‚Medienarbeit‘ und ‚Öffentliche Kampagnen‘. Ferner resultierten die Kontextcodes ‚Kooperationen/Allianzen‘, ‚Ressourcenbeitrag‘, ‚Handlungssituation‘ sowie ‚EU-Kontext‘ und ‚USA-Kontext‘ zur weiteren Unterteilung.

In der Analyse werden über die einfachen Code-Patterns in MAXQDA die Häufigkeiten der einzelnen Segmente in Bezug auf die Subcodes in den jeweiligen Regionen ausgewertet. Erweitert wird diese durch die komplexe Segmentensuche (Rädiker & Kuckartz 2019: 116 ff.). Hieraus ergeben sich Überschneidungen aus den verschiedenen Subcodes in der jeweiligen Region. Diese Kombination aus der qualitativen Analyse, wie der Untersuchung bzw. Durchsicht von den Dokumenten, und quantitativen Auswertung, in Form von Häufigkeiten und Überschneidungen der Codes, spiegelt den Mixed-Methods-Ansatz wider.

Für die Qualität der Untersuchung gelten die klassischen Gütekriterien: Objektivität, Reliabilität und Validität. Diese haben ihren Ursprung in der quantitativen Forschung, weshalb die vollständige Übertragung auf die qualitative Forschung kritisch diskutiert wird (Roß 2024: 193 f.).

Objektivität wird durch eine eindeutige und nachvollziehbare Dokumentation gesichert, da die Quellen mit Metadaten versehen werden (vgl. Kapitel 4.2). Da die Kodierung durch eine Einzelperson erfolgt, sind die Anforderungen an Konsistenz und Transparenz besonders hoch. Reliabilität wird durch eine ausführliche Pilotphase gesichert, in der Codes überprüft und induktiv erweitert wurden. So konnten die Codes konsistent in der Hauptkodierung angewendet werden. Validität ergibt sich intern u. a. aus der Konstruktvalidität, da die Ober- und Subcodes aus der Literatur zu Lobbystrategien abgeleitet wurden. Die externe Validität ergibt sich daraus, dass die analysierten Dokumente reale Stellungnahmen von Interessenvertretern wiedergeben. Gleichzeitig ist sie begrenzt, da ergänzende Sekundärquellen (z. B. Presse- und Fachartikel) herangezogen wurden, um informelle Einflusskanäle zu identifizieren (Kubbe 2016: 61; 73). Alles in allem wurde versucht, sich an den Gütekriterien zu orientieren. Diese könnten jedoch durch Experten und weitere Kodierer gesteigert werden.

4.4 Qualitative Inhaltsanalyse

4.4.1 Fall EU: Analyse der Dokumente

Im Folgenden werden die Ergebnisse für die EU aus der Untersuchung in MAXQDA vorgestellt. Zunächst werden die Verteilungen der einzelnen Lobbystrategien (Policy-Ziel, Zugangsweg und Strategieausrichtung) dargelegt.

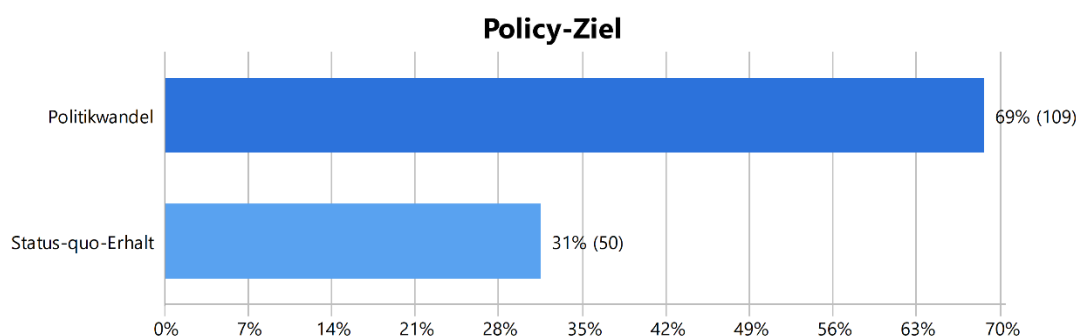


Abbildung 5: EU-Policy-Ziel

Bei der Analyse der *Policy-Ziele* im EU-Fall wird deutlich, dass das Policy-Ziel, einen Politikwandel herbeizuführen, klar dominiert. Während ein Großteil der Codierung (69 %, n = 109) auf dieses Ziel entfallen, wird beim Policy-Ziel Status-Quo-Erhalt lediglich 31 % (n = 15) erzielt. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Lobbyaktivitäten im Kontext der KI-Regulierung der EU überwiegend auf eine Veränderung bereits geplanter oder bestehender Regelungen ausgerichtet sind (vgl. Abbildung 5).

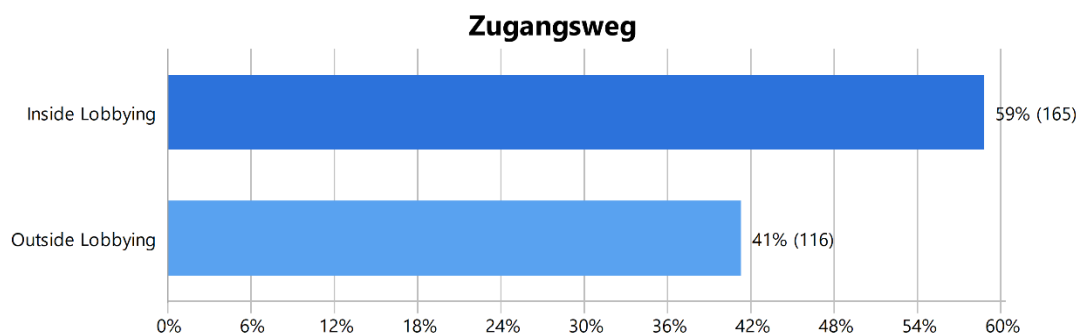


Abbildung 6: EU Zugangsweg

Bei den genutzten *Zugangswegen* liegt das Inside-Lobbying bei 59 % (n = 165) der Codierungen und somit über dem Zugangsweg des Outside-Lobbyings, wo 41 % (n = 116) der Segmente mit identifiziert wurden. Das lässt darauf schließen, dass die institutionalisierten, direkten Kanäle, die es in der EU gibt, von den Akteuren genutzt werden. Es wird zumindest weniger auf externe bzw. öffentliche Kanäle zurückgegriffen (vgl. Abbildung 6).

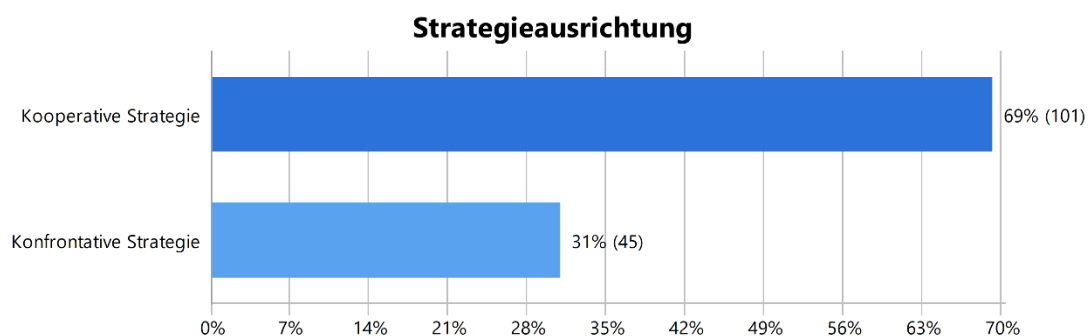


Abbildung 7: EU Strategieausrichtung

Betrachtet man *die strategische Ausrichtung* der Lobbyaktivitäten, fällt eine deutliche Präferenz für die kooperativen Strategien auf. So wurden 69 % (n = 101) der Segmente als kooperativ codiert, während konfrontative Strategieausrichtungen lediglich in nur 31 % (n = 45) der Segmente beobachtet wurden. Dies zeigt eine, zumindest über den gesetzten Untersuchungszeitraum, überwiegend kooperative Ausrichtung der Interessenvertretung im Kontext der KI-Regulierung innerhalb der EU (vgl. Abbildung 7).

Neben der Betrachtung der Verteilung innerhalb der jeweiligen Obercodes ergaben sich aus der komplexen Segmentsuche Überschneidungen zwischen den verschiedenen Subcodes. Im EU-Kontext lässt sich bei der Auswertung der Dreierkombinationen aus Policy-Ziel, Zugangsweg und Strategieausrichtung eine klare Schwerpunktsetzung beobachten.

EU	Häufigkeit	Prozent
Politikwandel + Inside Lobbying + Konfrontative Strategie	6	5%
Politikwandel + Inside Lobbying + Kooperative Strategie	45	36%
Politikwandel + Outside Lobbying + Konfrontative Strategie	11	9%
Politikwandel + Outside Lobbying + Kooperative Strategie	24	19%
Status-quo-Erhalt + Inside Lobbying + Konfrontative Strategie	9	7%
Status-quo-Erhalt + Inside Lobbying + Kooperative Strategie	16	13%
Status-quo-Erhalt + Outside Lobbying + Konfrontative Strategie	12	10%
Status-quo-Erhalt + Outside Lobbying + Kooperative Strategie	3	2%
GESAMT	126	100%

Abbildung 8: EU-Überschneidungen Lobbystrategien

Im Material zur EU wurde die Kombination Politikwandel, Inside-Lobbying und kooperative Strategie bei 45 (36 %) der erfassten Stellen ausgemacht, was mit Abstand die häufigste Überschneidung ausmacht. Die Auswertung verdeutlicht, dass beim Ziel der politischen Veränderung in der EU vor allem Inside-Lobbying in Kombination mit kooperativen Strategien das zentrale Handlungsmuster darstellt (vgl. Abbildung 8).

Obwohl der Anteil deutlich geringer ausfällt, ist auch die Kombination aus Status-Quo-Erhalt, Inside-Lobbying und kooperativer Strategie mit 16 Überschneidungen (13 %) mit einem Anteil vertreten. Mit 24 Überschneidungen (19 %) wurde ein hoher Wert bei der Kombination aus Politikwandel, Outside-Lobbying und kooperativer Strategie beobachtet (vgl. Abbildung 8).

Konfrontative Strategien treten im EU-Kontext in Verbindung mit Inside-Lobbying bei beiden Policy-Zielen auf. Politikwandel, Inside-Lobbying und konfrontative Strategie

wurden in 6 Fällen (5 %) überschneidend codiert. Status quo, Inside-Lobbying und konfrontative Strategie in 9 Fällen (7 %) überschneidend codiert. Die Kombination Politikwandel, Outside-Lobbying und konfrontative Strategieausrichtung zeigt sich mit 11 gemeinsamen Codierungen (9 %) und beim Policy-Ziel Erhalt des Status Quo in 12 übereinstimmenden Codierungen (10 %). Eine seltenere Kombination mit insgesamt nur 3 Fällen (2 %) ergibt sich aus der Zusammensetzung Status-Quo-Erhalt, Outside-Lobbying und kooperativer Strategie (vgl. Abbildung 8).

4.4.2 Fall USA: Analyse der Dokumente

Im Folgenden werden die Ergebnisse für die USA aus der Untersuchung in MAXQDA vorgestellt. Zunächst werden die Verteilungen der einzelnen Lobbystrategien (Policy-Ziel, Zugangsweg und Strategieausrichtung) dargelegt.

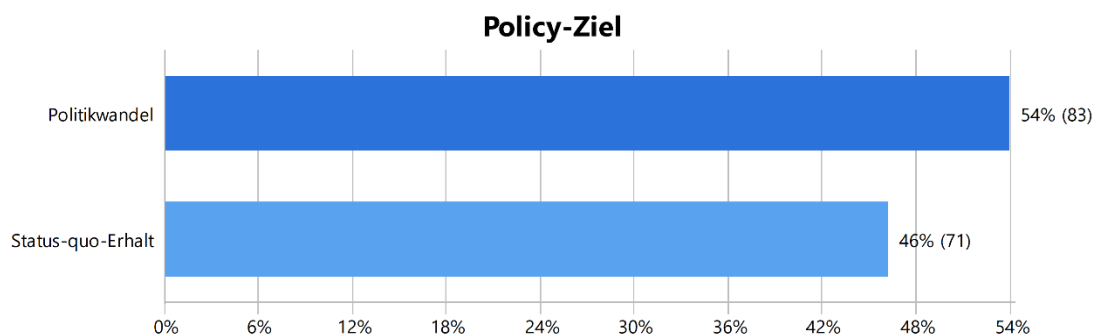


Abbildung 9: USA Policy-Ziel

Bei der Analyse der *Policy-Ziele* im US-Kontext zeigt sich Folgendes. 54 % der Codierungen (n = 83) auf das Ziel eines Politikwandels entfallen, während 46 % (n = 71) auf den Erhalt des Status quo abzielen. Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass beide Zielrichtungen im Rahmen der Lobbyaktivitäten zur KI-Regulierung in den USA eine wichtige Rolle spielen, wobei ein leichter Überhang bei den Bestrebungen nach Politikwandel erkennbar ist (vgl. Abbildung 9).

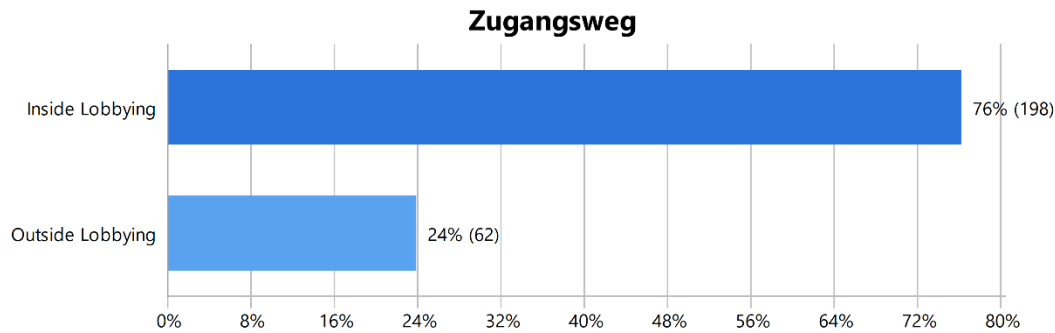


Abbildung 10: USA Zugangsweg

Blickt man auf den *Zugangsweg* der Lobbyaktivitäten im US-Kontext, so dominiert das Inside-Lobbying mit 76 % (n = 198) gegenüber dem Outside-Lobbying, worauf nur 24 % (n = 62) der codierten Segmente hindeuten. Damit präferieren die Akteure in den USA die direkten Einflusskanäle, um ihre Anliegen vorzutragen (vgl. Abbildung 10).

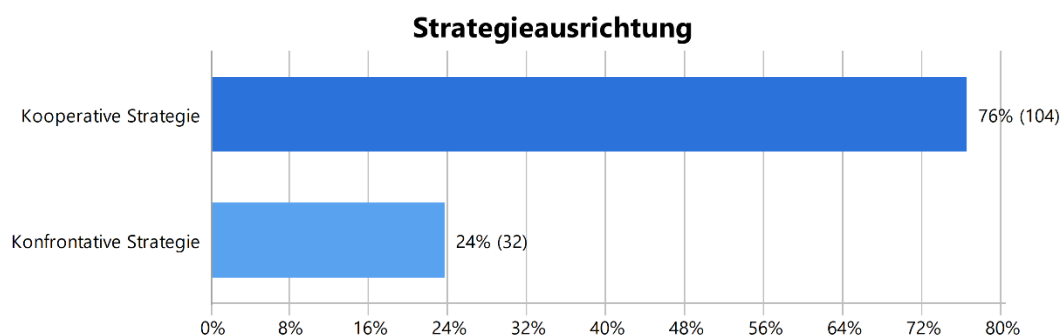


Abbildung 11: USA Strategieausrichtung

In dem betrachteten Untersuchungszeitraum dominiert im US-Kontext eine kooperative Strategieausrichtung: 76 % aller codierten Segmente (n = 104) zeigen eine kooperative Richtung, während in nur 24 % der Fälle (n = 32) auf einen konfrontativen Ansatz hingewiesen wird. Somit lässt sich im Fall der KI-Regulierung in den USA eine deutlich kooperative Lobbyaktivität feststellen (vgl. Abbildung 11).

Bei den Code-Überschneidungen der Dreierkombinationen Policy-Ziel, Zugangsweg und Strategieausrichtung zeigt sich im Fall USA, dass sie sich innerhalb der untersuchten Dokumente bestimmte Muster besonders deutlich hervorheben.

USA	Häufigkeit	Prozent
Politikwandel + Inside Lobbying + Konfrontative Strategie	4	3%
Politikwandel + Inside Lobbying + Kooperative Strategie	43	37%
Politikwandel + Outside Lobbying + Konfrontative Strategie	0	0%
Politikwandel + Outside Lobbying + Kooperative Strategie	14	12%
Status-quo-Erhalt + Inside Lobbying + Konfrontative Strategie	20	17%
Status-quo-Erhalt + Inside Lobbying + Kooperative Strategie	24	21%
Status-quo-Erhalt + Outside Lobbying + Konfrontative Strategie	3	3%
Status-quo-Erhalt + Outside Lobbying + Kooperative Strategie	9	8%
GESAMT	117	100%

Abbildung 12: USA Überschneidungen Lobbystrategien

Mit erheblichem Abstand am häufigsten zu beobachten ist die Kombination aus Politikwandel, Inside-Lobbying und kooperativer Strategie. Insgesamt trat diese Ausprägung an 43 Segmenten in den Dokumenten auf, was einen Anteil von 37 % an den erfassten Dreierüberschneidungen der Codes entspricht. Somit macht die Strategiekonstellation nicht nur den umfangreichsten Anteil aus, sondern zeigt, dass das Zusammenspiel von politischem Wandel als Ziel, dem Zugang über Inside-Lobbying und einer kooperativen Ausrichtung das zentrale Handlungsmuster im US-Kontext darstellt (vgl. Abbildung 12).

Ebenfalls einen hohen Anteil bei den Überschneidungen in den Segmenten weist die Kombination Status-Quo-Erhalt, Inside-Lobbying und kooperative Strategie auf: Mit 24 gemeinsamen Überschneidungen (21 %) zeigt diese Kombination einen substanziellen Anteil auf. Auch hier dominiert eine kooperative Strategiewahl im Rahmen des Inside-Lobbyings, die lediglich darauf abzielt, regulatorische Zustände zu erhalten (vgl. Abbildung 12).

Beide Strategiemuster machen bereits mehr als die Hälfte der auftretenden Kombinationen aus. Bei der Überschneidung zwischen dem Erhalt des Status-, Inside-Lobbying und konfrontativer Strategiewahl konnten 20 Segmente (17 %) identifiziert werden. Hingegen tritt die Variante Politikwandel, Inside-Lobbying und konfrontative Strategie mit vier Überschneidungen (3 %) verhältnismäßig selten auf (vgl. Abbildung 12).

Bei dem Zugangsweg des Outside-Lobbyings in Kombination mit kooperativer Strategiewahl sind bei den Policy-Zielen Politikwandel und Status-Quo-Erhalt vertreten: Die Kombination aus Politikwandel, Outside-Lobbying und kooperativer Strategie wurde in 14 Segmenten (12 %) gemeinsam codiert, während Status-Quo-Erhalt, Outside-Lobbying und kooperative Strategie an 9 Stellen (8 %) gemeinsam auftreten. Die Policy-Ziele Politikwandel und Status-Quo-Erhalt bilden in Kombination mit konfrontativen Outside-Strategien eher eine Ausnahme im Material, was sich exemplarisch an der Kombination Status-Quo-Erhalt, Outside-Lobbying und

konfrontative Strategieausrichtung zeigt, welche nur an drei Stellen vergeben wurde (vgl. Abbildung 12).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass kooperative Strategien mit Inside-Lobbying bei beiden Policy-Zielen schwerpunktmäßig bei den Lobbyaktivitäten im US-Kontext festzustellen sind. Demgegenüber treten konfrontative Outside-Strategien, insbesondere in Kombinationen, erheblich seltener in den Dreierkombinationen auf (vgl. Abbildung 12).

4.4.3 Vergleichende Auswertung

Beim Vergleich der Strategiewahl in den beiden Clustern zeigen sich sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten.

Im EU-Kontext dominiert mit 75 % eindeutig das Policy-Ziel Politikwandel, sodass der Status-Quo-Erhalt nur auf 31 % der Codierungen entfällt. In den USA ist der Politikwandel zwar ebenfalls führend (56 %), doch spielt der Status-Quo-Erhalt mit 46 % eine fast gleichwertige Rolle. In Europa liegt der Schwerpunkt auf der Mitgestaltung neuer Regelungen, während in den USA sowohl die Mitgestaltung als auch der Erhalt bestehender Regelungen nahezu gleich wichtig sind.

Beim Zugangsweg dominiert in beiden Regionen das Inside-Lobbying, wobei die Ausprägung in den USA (76 %) höher als in der EU (59 %) liegt. Outside-Lobbying ist in beiden Fällen daher weniger stark ausgeprägt (EU 41 %; USA 24 %), was dafür spricht, dass in beiden Fällen die Interessenvertreter die Strategiewahl des direkten Einflusswegs bevorzugt nutzen.

Auch bei der strategischen Ausrichtung zeigt sich, dass die Akteure in beiden Fällen deutlich die kooperative Ausrichtung präferieren (76 % USA; 69 % EU). Konfrontative Strategieausrichtung kommt im EU-Fall mit 31 % der Segmente häufiger vor als in den USA (24 %).

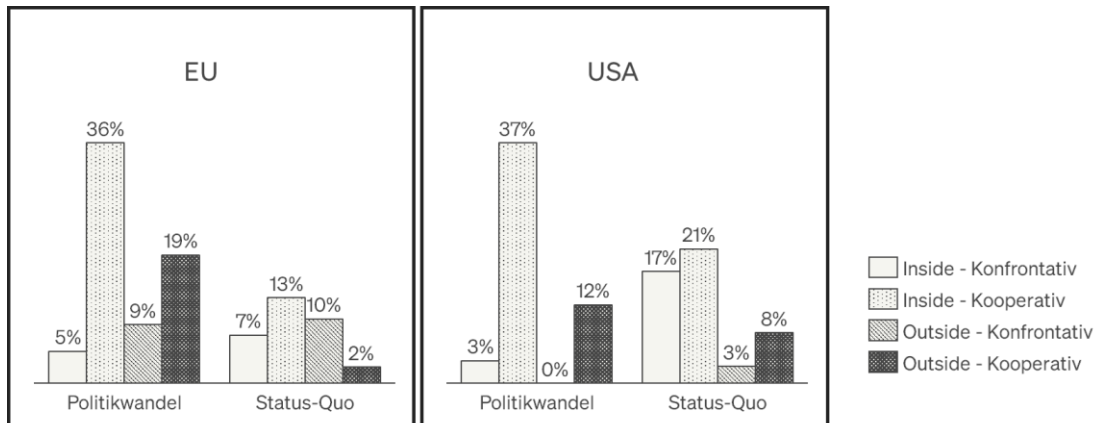


Abbildung 13: Vergleich EU & USA: Überschneidungen Lobbystrategien

Bei der Überschneidung der Strategietypen in den codierten Segmenten fällt auf, dass in beiden Fällen die Kombination Politikwandel, Inside-Lobbying und kooperative Ausrichtung mit Abstand am häufigsten vorzufinden ist (EU: 36 %, USA: 37 %). Auch die Kombination aus Status-Quo-Erhalt, Inside-Lobbying und kooperativer Strategiewahl zeigt sich verhältnismäßig häufig (EU 13 %; USA 21 %). In beiden Regionen zeigt sich, dass Outside-Lobbying und eine konfrontative Strategiewahl weniger gewählt werden als Inside-Lobbying und kooperative Ausrichtung. In den wenig vorkommenden Überschneidungen unter 5 % fällt im EU-Kontext die Kombination aus Status-Quo-Erhalt, Outside-Lobbying und kooperativer Strategiewahl mit 3 % auf (USA 8 %). Im USA-Kontext weisen die Kombination Politikwandel mit konfrontativer Strategiewahl bei beiden Zugangswegen Inside (3 %) und Outside-Lobbying (0 %) Überschneidungen unter 5 % auf (EU mit Inside: 5 %, mit Outside: 9 %). Auch der Status-Quo-Erhalt in Kombination mit Outside-Lobbying und konfrontativer Ausrichtung zeigt in den USA lediglich 3 % Überschneidungen in den Segmentcodes. Im Fortlauf werden nur die vier häufigsten Kombinationen je Region betrachtet (vgl. Abbildung 13).

5 Analyse, Vergleich und Bewertung der Ergebnisse im IAD-Framework

Zur Analyse der Ergebnisse der Regionen EU und USA wird zur Einordnung das IAD-Framework verwendet.

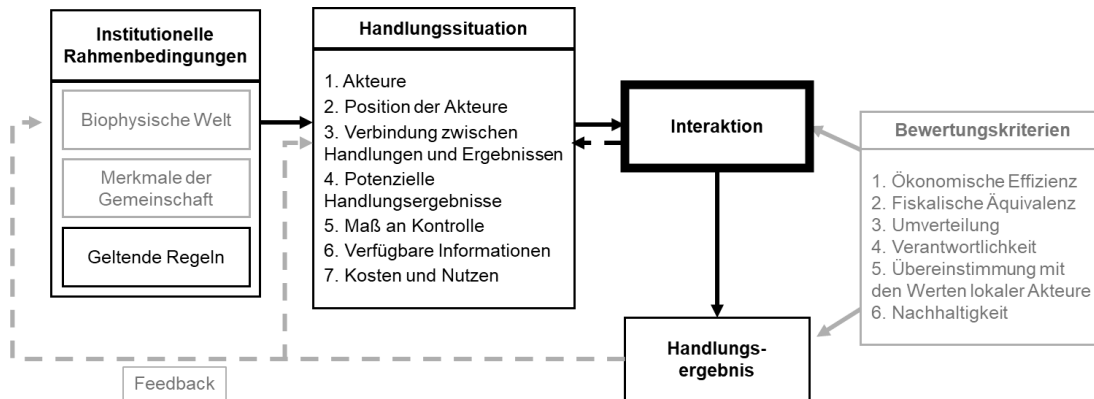


Abbildung 14: IAD-Framework: Fokus Untersuchung Interaktionen (in Anlehnung an: Ostrom 2009: 15)

Die Interaktionen und Reaktionen der Interessenvertreter werden genauer betrachtet und resultieren aus den Erkenntnissen der Analyse (siehe Kapitel 4.4). Diese werden hinsichtlich des Einflusses der institutionellen Rahmenbedingungen, vorrangig der geltenden Regeln, auf die Wahl der Lobbystrategien analysiert. Die Wahl der Lobbystrategie wird in der Handlungssituation getroffen und entsprechend dem gewünschten Handlungsergebnis bestimmt (vgl. Kapitel 4.1).

5.1 Analyse EU

5.1.1 Politikwandel, Inside Lobbying, kooperative Ausrichtung

Das im Untersuchungszeitraum (2020–2025) dominierende Muster an Lobbystrategien (Politikwandel, Inside-Lobbying, kooperative Strategie) im Kontext der europäischen KI-Regulierung wird von den Tech-Akteuren, ihren Branchenverbänden und Thinktanks dazu eingesetzt, um in ihrer Rolle als privilegierte Akteure wahrgenommen zu werden. Sie agieren und positionieren sich öffentlich und informell als verantwortungsvolle Ansprechpartner für die Regulatoren (OpenAI 2024: 1 f.; Duffer 2025: 3). Dabei treten sie einzeln als auch gelegentlich mit anderen Akteuren in Koalitionen auf, um ihre Anliegen gebündelt vorzutragen (Perrigo 2023: 3; Herijgers 2023: 3). Laut Ostrom (2021: 224) zeigen sich solche Situationen oft daran, dass gemeinsame Interessen und Regeln (vgl. Kapitel 3.3.2) darüber

bestimmen, wie die Akteure Zugang zur politischen Bühne bekommen und wie viel Handlungsspielraum sie dort haben.

Die Vielzahl an direkten, dialogorientierten Interaktionen steht im Mittelpunkt mit den Entscheidungsträgern, besonders in Form von Konsultationen, öffentlichen Anhörungen, angebotenen Workshops und Expertenrunden (Corporate Europe Observatory 2025: 2). Es wird aktiv an Konsultationsprozessen von Kommission und Parlament partizipiert, wobei sie regelmäßig eigene Vorstellungen, Stellungnahmen und Veränderungspotenzial vortragen bzw. einbringen (Microsoft 2021a: 1 ff.; OpenAI 2024: 2; 7). Daran zeigt sich, wie wichtig laut Ostrom (2009: 33; 215) institutionell abgesicherte Handlungssituationen sind. Sie ermöglichen es verschiedenen Akteuren, jeweils ihre eigenen Rollen einzunehmen und gezielt zu handeln.

Der gewählte kooperative Ansatz fällt dabei besonders auf: Die Akteure zeigen sich in offiziellen Stellungnahmen und Papers regelmäßig bereit, mit den im Regulierungsprozess involvierten Stellen zusammenzuarbeiten. Das zeigt sich etwa in der Möglichkeit eine „policy partnership“ anzustreben, die Überlegungen der Regulierungsvorhaben als „shared goals“ zu bezeichnen (Microsoft 2021a; 2021b: 1), aber auch in der stetigen Bereitschaft einen innovationsfreundlichen Regulierungsrahmen gemeinsam zu erarbeiten (Duffer 2025: 3). Solche Interaktionsformen entsprechen dem von Ostrom (2021: 219) hervorgehobenen Vertrauensaufbau und der wiederholten Kooperation in Policy-Prozessen.

Das zentrale Handlungsziel der Akteure ist die Mitgestaltung des angestrebten regulatorischen Rechtsrahmens hin zu einem innovationsfreundlichen, flexiblen und risikodifferenzierten Ansatz. Dabei stimmen sie einerseits den Kernanliegen wie Transparenz, Sicherheit und Verantwortung der geplanten Regulierung zu, andererseits werden die Vorschläge unterbreitet, die die regulatorische Umsetzung im Unternehmenssinn gewährleisten (OpenAI 2024: 7; AMCHAM EU 2022: 4 f.). Nach Ostrom (2009: 15) ergeben sich die Handlungsergebnisse aus dem Zusammenspiel der Akteure und dem Zugang zu Entscheidungsprozessen.

Den Unternehmen wie OpenAI, Meta, Google u. a. gelingt es, in Arbeitsgruppen bspw. zum Code of Practice mitzuarbeiten. Somit können erheblichen Einfluss auf die tatsächliche Ausarbeitung der Instrumente des AI Acts zu nehmen (Corporate Europe Observatory 2025: 2). Die Regelstruktur der EU – mit institutionalisierten Beteiligungsformaten – ermöglicht es nach Ostrom (2021: 226), dass Stakeholder auch tatsächlich wirksamen Einfluss auf die Policy-Outcomes nehmen können.

Die Unternehmen verfügen über erhebliche Kapazitäten, sei es der Zugang zu Konsultationsprozessen, die Beauftragung externer Berater oder die Akquirierung ehemaliger Mitarbeiter der Institutionen (Corporate Europe Observatory 2025: 2; Bareis 2023: 6). Die Kombination aus internem Wissen der Institutionen und der Möglichkeit, eigene technische Ressourcen und Expertise in die Regulierungsdebatte einzubringen, ermöglicht nicht nur kontinuierliche Berücksichtigung bei den Entscheidungsträgern, sondern faktisch auch entscheidende Mitgestaltung der tatsächlichen Outcomes (Ostrom 2009: 27; 2021: 224). Erfolgskriterien der Interessenvertreter innerhalb dieser „policy partnership“ (Duffer 2025: 3) sind daher Vermeidung von regulatorische Übersteuerung und ein flexibler Ordnungsrahmen.

Folgt man dem IAD-Framework, ist die Wahl dieser Strategie wesentlich durch die institutionellen Besonderheiten der EU geprägt: Das politische System bietet vielfältige, formal verankerte Beteiligungswege (Konsultationen, Expertenworkshops), die Technologieunternehmen gezielt und mit hoher Professionalisierung nutzen (Ostrom 2009: 16 f., 33; 2021: 226). Wie Handlungssituationen gestaltet sind, ermöglicht es den beteiligten Akteuren, kontinuierlich und im Dialog mit den Regulierungsbehörden zusammenzuarbeiten. Das führt dazu, dass ein kooperativer Ansatz und eine hohe Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen gefördert werden (Ostrom 2009: 215). Gleichzeitig verschafft der Zugang zu Ressourcen und spezifischem Fachwissen manchen Akteuren einen deutlichen Vorteil gegenüber weniger gut aufgestellten Gruppen (Corporate Europe Observatory 2023: 6; Bareis 2023: 6). Das häufige Auftreten des Handlungsmusters ist nicht nur alleine auf die Interessen und Möglichkeiten der Unternehmen zurückzuführen, sondern ist auch Ausdruck der bestehenden institutionellen Strukturen, die auf EU-Ebene angeboten werden (Ostrom 2009: 13 f.).

5.1.2 Politikwandel, Outside-Lobbying, kooperative Ausrichtung

Das zweithäufigste Muster, welches in der Dokumentenanalyse herausgearbeitet wurde, zeigt zwei Schwerpunkte: Die Akteure betonen die aus ihrer Sicht Notwendigkeit von international abgestimmten, flexiblen und innovationsfreundlichen Regulierungsrahmen. In öffentlichen Stellungnahmen, wie die von Alphabet-Chef Sundar Pichai (Bloomberg 2021) oder in Policy-Dokumenten (Google 2023: 8; Duffer et al. 2025: 1), wird auf die Bedeutung und Herausforderung bei der Anpassung neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen hingewiesen und damit die Voraussetzung verknüpft, diese Regeln international abzustimmen. Hier zeigt sich, wie eine neue gesetzliche Vorgabe, wie der EU AI Act, das Verhalten von Akteuren aufgrund der

veränderten *biophysischen Welt* und *geltender Regeln* beeinflusst (Ostrom 2009: 14; 16 f.). Es zeigt aber auch die bei Ostrom beschriebenen Merkmale einer Gemeinschaft, wie das hohe Maß an Vernetzung zwischen Politik und Wirtschaft in der EU, die es den Akteuren ermöglicht und abverlangt, auf Dialog und öffentliche Kommunikation zu setzen (Digital Europe 2023: 1; Kasanmascheff 2023: 2). Öffentliche Kommunikationskanäle zu nutzen, kann einerseits darauf hindeuten, dass direkte Zugänge zu Entscheidungsträgern verwehrt sind bzw. nicht den gewünschten Effekt erzielen. Andererseits sehen die Akteure die Erfordernis, neben politischen Entscheidungsträgern eine breitere Legitimation in der (europäischen) Gesellschaft zu erzeugen. So tritt der CEO von OpenAI, Sam Altman, öffentlich auf, um seine Kooperationsbereitschaft zu signalisieren (Digital Watch Observatory 2023a: 1; Herijgers 2023: 2). Dies zeigt, dass die Akteure in einer komplexen Handlungssituation mit mehreren Stakeholdern agieren müssen. Neben direkten Zugängen werden auch gezielt Medienarbeit und öffentliche Konsultationen genutzt, um die Debatte zu prägen und ihre inhaltlichen Positionen als konstruktiv darzustellen (Ostrom 2009: 215). Google hebt in seinen Policy-Blogs die Zusammenarbeit mit anderen Stakeholdern hervor (Google 2023: 11) und Amazon verweist auf seine eigenen Initiativen zur Transparenz und Compliance (Duffer et al. 2025: 1). Auf der anderen Seite wird auf die gestiegene Komplexität und wirtschaftliche Unsicherheit neuer Regeln hingewiesen, um eine Flexibilisierung der neuen Regeln zu erreichen (Digital Watch Observatory 2023b: 1; Kasanmascheff 2023: 2; Microsoft 2025: 5). Diese Vorgehensweise wird inhaltlich mit Argumenten unterstützt, die sich hauptsächlich auf Innovation, Wettbewerb und Standortvorteil konzentrieren (Haack & Pollet 2024: 6; OpenAI 2025: 2 f.). Hierbei wollen die Akteure den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit ihre kooperative Haltung zeigen. Sie wollen aber auch die Möglichkeit behalten, in einem dynamischen Prozess Anpassungsfähigkeit zu gewährleisten und in der zukünftigen Entwicklung als Partner zu agieren (Ostrom 2009: 33). Es fällt auf, dass die Akteure inhaltlich bei den bisherigen Strategiemustern konsistent vorgehen und nur in der Ansprache eine breitere Öffentlichkeit zusätzlich einbeziehen. Hierdurch wird ein politisches Klima geschaffen, das den angestrebten Politikwandel erst möglich machen kann (Ostrom 2021: 219). Die Strategie entfaltet dort Wirkung, wo gesellschaftliche Unterstützung für die angestrebten Regeländerungen zentral ist.

5.1.3 Status-Quo-Erhalt, Inside-Lobbying, kooperative Ausrichtung

Das auftretende Strategiemuster des Status Quo, Inside-Lobbying und kooperativer Ausrichtung weist ähnliche Komponenten wie bei den bereits beschriebenen Mustern auf. Die Handlungssituation ist nach den geltenden Regeln strukturiert (Ostrom 2021: 212 f.; 224) und die Akteure nutzen ihre privilegierten Zugänge, um in ihrer Rolle als kooperative Partner wahrgenommen zu werden (Corporate Europe Observatory 2023: 8; AM CHAM EU 2022: 3 ff.). Innerhalb der Handlungssituation interagieren die Akteure in wiederkehrenden Dialogen und fördern das Vertrauen mit den Entscheidungsträgern (Ostrom 2021: 2019), indem sie auf eine direkte Konfrontation mit diesen verzichten. Sie bringen ihre Expertise ein und argumentieren für einen flexiblen und innovationsfreundlichen Rechtsrahmen (Wei et al. 2024: 5; Bareis 2023: 6). Die Regulatoren erhalten im Austausch dazu Wissen und sichern sich dadurch weitere Legitimation bei ihren Entscheidungen. Das Ergebnis des Austausches spiegelt sich in abgeschwächten Ansätzen wider, die sich nah an den bereits implementierten Unternehmensstandards orientieren (Corporate Europe Observatory 2023: 8).

5.1.4 Status-Quo-Erhalt, Outside-Lobbying, konfrontative Ausrichtung

Mit der Wahl des Strategiemusters Status-Quo-Erhalt, Outside-Lobbying und konfrontativer Strategieausrichtung reagieren die Technologieunternehmen und ihre Partner auf konkrete Veränderungen der Rahmenbedingungen. Konkret geht es um die inhaltliche Ausrichtung der zu beschließenden Regelungen, wie den Einordnungen von Anwendungen in „High-Risk“-Klassifizierungen, den Haftungsregeln und bestimmten Berichtspflichten (Perrigo 2023: 2 f.). Diese Änderungen verändern die Handlungssituation und daher das Agieren der Akteure in der Handlungssituation (Ostrom 2009: 13). Um zu vermeiden, dass die für Unternehmen nachteiligen Regelungen umgesetzt werden, nehmen sie eine deutlich ablehnende Haltung ein. Dies zeigt sich in der Drohung, bestimmte Anwendungen aus dem europäischen Markt zurückzuziehen oder das gesamte operative Geschäft, welches unter die neuen Regelungen fällt, einzustellen (Perrigo 2023: 2 f.; Corporate Europe Observatory 2023: 10). Die öffentliche Zuspitzung kennzeichnet die Interaktion zwischen den Akteuren (Ostrom 2009: 15). Hierzu zählen neben den öffentlichen Drohungen auch die gezielte Kritik am regulatorischen Prozess, der aus der Sicht der Unternehmen zu Unsicherheit führt (Bareis 2023: 6; Haeck 2024: 2 ff.). Die Handlungen der Akteure zielen dabei insbesondere auf die politischen Institutionen, um Auswirkungen zu verzögern oder abzuschwächen (Computer &

Communications Industry Association 2025: 1). Der Rückgriff auf eine konfrontative Haltung lässt darauf schließen, dass die direkten Zugangswege nicht die Ziele der Unternehmen ermöglichen, sodass diese politischen, aber auch gesellschaftlichen Druck aufbauen müssen, was als direkte Reaktion auf die Veränderungen der Rahmenbedingungen zurückzuführen ist (Ostrom 2009: 215).

5.2. Analyse USA

5.2.1 Politikwandel, Inside Lobbying, kooperative Ausrichtung

Das im US-Kontext am häufigsten auftretende Muster an Lobbystrategien im Untersuchungszeitraum (2020–2025) ist die Kombination aus Politwandel, Inside-Lobbying und kooperativer Strategie und ist eng mit den institutionellen Rahmenbedingungen der US-KI-Regulierung verknüpft. Der Fokus liegt beim Policy-Ziel nicht auf dem Erhalt bestehender Regeln, sondern auf der aktiven Gestaltung der neuen Regelungen. Das regulatorische Umfeld in den USA ist geprägt von freiwilligen Regulierungsinitiativen, einer Offenheit für inhaltlichen Input seitens der verschiedenen Stakeholder und einer engen Verflechtung zwischen staatlichen und privaten Akteuren (Microsoft 2021b: 1; IBM 2021: 3). Die vorherrschenden „rules-in-use“ legen einen Schwerpunkt auf externes Fachwissen, Innovationsfreiraum und Kooperation (Ostrom 2021: 224). Angesichts dieser Bedingungen ist der Anreiz für die Tech-Akteure, die Rolle eines konstruktiven und aktiven Partners einzunehmen, gegeben.

Die Handlungssituation ist geprägt durch eine Vielzahl an Beteiligungsmöglichkeiten. Die privaten Akteure wie Microsoft, IBM oder OpenAI beteiligen sich aktiv an öffentlichen Konsultationen mit schriftlichen Stellungnahmen, Anhörungen im Kongress (Altman 2023: 1) oder bei der Erstellung des NIST-AI-Frameworks (Partnership on AI 2024: 7; Digital Watch Observatory 2023: 1 ff.; BSA 2022: 1 ff.). Insbesondere bei der Anhörung Sam Altmans fällt auf, dass das Policy-Ziel „Politikwandel“ zentral adressiert wird, indem er offen Regulierung fordert (Altman 2023: 1; 11). Die Akteure treten nicht nur einzeln auf, sondern tragen ihre Perspektive in Allianzen vor (Microsoft 2021b: 1; Meta 2025: 1 f.). Die Handlungssituation ist außerdem durch eine starke Informationsasymmetrie gekennzeichnet, da die Politik auf das Wissen, insbesondere bei einer technischen Thematik wie der KI, auf die Unternehmen angewiesen ist. Diese nutzen das, um sich früh in die Prozesse einbinden zu lassen (Smith 2023: 1; Digital Watch Observatory 2023: 1 ff.) und nutzen so ihre Ressourcen, um ihre eigenen Interessen in die Agenda fließen zu

lassen und selbst Planungssicherheit zu gewährleisten (IBM 2021: 3). Durch zahlreiche und sich wiederholende Möglichkeiten der Interaktion, durch Anhörungen, schriftliche Stellungnahmen u. a. Formate, entsteht eine nachhaltige Vertrauensbasis (Ostrom 2021: 219). Diese ist nicht nur bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen des regulatorischen Umfelds dienlich, sondern führt auch dazu, dass bei der Implementierung von Standards bereits vorhandene unternehmenseigene Regelungen übernommen werden (BSA 2022: 5 f.). Neben der Übernahme inhaltlicher Positionen sichern sich die Unternehmen auch bei regulatorischen Anpassungen, aufgrund ihrer privilegierten Zugangswege (Ostrom 2009: 33), die Möglichkeit, diese stetig mitzugestalten (Coalition Letter 2025: 1 f.). Es zeigt also, dass die institutionellen Rahmenbedingungen die Wahl der Lobbystrategie nicht nur ermöglichen, sondern eine logische Konsequenz für die Unternehmen darstellen (Ostrom 2009: 16 f.).

5.2.2 Politikwandel, Outside-Lobbying, kooperative Ausrichtung

Das Strategiemuster Politikwandel, Outside Lobbying, Kooperative Strategie tritt im US-Fall dann auf, wenn nicht nur politische Akteure adressiert, sondern auch die allgemeine Öffentlichkeit einbezogen werden soll. Die politischen Ziele, einen innovationsfreundlichen und vor allem international anschlussfähigen Rahmen zu schaffen, werden öffentlich platziert (Google 2023: 8; 11; Smith 2023: 1 ff.; Partnership on AI 2024: 2; 5). Zwar bieten die US-amerikanischen Rahmenbedingungen direkte Zugänge, nur müssen auch externe Kanäle genutzt werden, um diese Ziele zu erreichen. Die Tech-Akteure wie Google, Microsoft oder OpenAI positionieren sich in der Öffentlichkeit als kooperative Partner, die eine internationale Abstimmung bei der Regulierungsfrage anstreben und die staatlichen Akteure hin zu einer wettbewerbsfähigen Politik begleiten wollen (Google 2023: 8; Partnership on AI 2024: 2 ff.). Diese öffentliche Positionierung prägt die komplexe Handlungssituation, da sie vielfältige Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Ressourcen anspricht (Ostrom 2009: 215). Sie nutzen hierfür die Medien, aber auch Plattformen und Policy-Foren, um die Aufmerksamkeit auf ihre Sichtweise zu generieren (Google 2023: 13; Partnership on AI 2024: 5).

Die Interaktionen verlaufen kooperativ, wobei Kooperationspartner wie von der Tech-Industrie finanzierte Initiativen sich begleitend zu den Äußerungen der Unternehmen äußern, um die regulatorischen Ziele auch „extern“ zu stützen (Partnership on AI 2024:2). Durch diese vielseitige Kommunikation wird Vertrauen aufgebaut, was laut

Ostrom (2021: 219) entscheidend für die weitere Zusammenarbeit bzw. Interaktion zwischen Politik und privaten Akteuren ist.

5.2.3 Status Quo, Inside-Lobbying, kooperative Ausrichtung

Das Strategiemuster Status Quo, Inside Lobbying und kooperative Strategieweichtung tritt im US-Fall am zweithäufigsten in der Analyse auf. Das Ziel dieses Musters besteht in der Bewahrung, im Falle der KI-Regulierung in der Abschwächung geplanter Regelungen. Es wird häufig mit dem Narrativ der Selbstregulierung und Eigenverantwortung der Unternehmen verbunden. Das Muster tritt dort auf, wo die institutionellen Rahmenbedingungen eine enge Verflechtung zwischen staatlichen und privaten Akteuren aufzeigen und die Zugänge zu den Konsultationsprozessen offen sind (Ostrom 2021: 224). Da die dominierenden rules-in-use aus geplanten bzw. flexiblen Vorgaben bestehen, ist das Ziel der Unternehmen, staatliche Eingriffe auf ein Mindestmaß zu begrenzen bzw. ihre eigenen Vorschriften durchzusetzen (Microsoft 2021b: 3; IBM 2021: 3 f.). Die Handlungssituation nach Ostrom (2009: 15) ist ein Ort, an dem Interaktion und Interessenausgleich vorherrschen. Die Akteure nutzen Einladungen staatlicher Seite zur aktiven Beteiligung dazu, ihre eigenen Standards und ethischen Vorkehrungen frühzeitig in den Prozess einzubringen, um diese bereits getroffenen Maßnahmen in die staatliche Regulierung zu übertragen (Wei et.al. 2024: 2; BSA 2021: 1). Gestützt wird das durch ein intensives Informationsmanagement, das zum Ziel hat, die inhaltliche Durchsetzung potenzieller Maßnahmen gezielt zu beeinflussen bzw. abzuschwächen (Wei et. al. 2024: 8). Das Ergebnis dieses Vorgehens sieht man in den Outcomes (Ostrom 2009: 15): Anstatt verbindlicher Regelungen gibt es freiwillige Selbstverpflichtungen und die Betonung auf Best-Practice-Lösungen (Wei et. al. 2024: 1). Die institutionellen Rahmenbedingungen mit ihren privilegierten Zugängen zu den Entscheidungsträgern ermöglichen es den Unternehmen, in den Prozessen flexibel ihre Ziele zwischen Erhaltung bzw. Abschwächung und aktiver Gestaltung der Regeln zu wechseln.

5.2.4 Status Quo, Inside-Lobbying, konfrontative Ausrichtung

Das Muster Status Quo-Erhalt, Inside Lobbying, konfrontative Strategie zeigt sich im US-Fall im Kontext von bundesstaatlichen Initiativen, wie beispielhaft beim Gesetz SB 1047 in Kalifornien. Die institutionellen Rahmenbedingungen sind auch durch ihre Zugänge auf subnationaler Ebene geprägt. Die Möglichkeit von parallelen

Regelwerken, wie bspw. in Kalifornien, wird über Kanäle auf Bundes- und Bundesstaatsebene versucht zu verhindern, da fragmentierte Regulierungsansätze aus Sicht der Unternehmen innovationshemmend sind und einen Wettbewerbsnachteil mit anderen Staaten wie China darstellen (Bordelon & Di Feliciano 2025: 1 f.; Joint Veto Letter 2024: 1 ff.; Wei et. al. 2024: 7). Die Unternehmen agieren hierbei in Allianzen und nutzen ihre privilegierten Zugänge, in diesem Falle direkt an den kalifornischen Gouverneur (Joint Veto Letter 2024). Die Handlungssituation ist für die Akteure von hoher Unsicherheit geprägt. Sie nutzen ihre Zugänge, wie die persönlichen Kontakte, aber auch durch schriftliche Stellungnahmen, um direkt auf den Entscheidungsprozess einwirken zu können (Bordelon & Di Feliciano 2025: 3). Dies geschieht in der finalen Phase der Gesetzgebung, wo durch eine gezielte Zuspitzung hinsichtlich potenzieller wirtschaftlicher Folgen und der Forderung nach einem Veto agiert wird, was die Interaktion zwischen den Akteuren stark prägt (Joint Veto Letter 2024: 2 f.). Das Resultat dieser Strategie wird durch das tatsächlich gezogene Veto des Gouverneurs deutlich (Bordelon & Di Feliciano 2025: 3). Laut Ostrom (2009: 33) ist dies ein Zeichen für die notwendige Anpassungsfähigkeit der Akteure ist, institutionelle Strukturen zu nutzen, um die Handlungssituation aktiv zu gestalten.

5.3 Vergleichende Analyse EU & USA

Im Kontext der KI-Regulierung unterscheiden sich die institutionellen Rahmenbedingungen in der EU und den USA grundlegend und prägen dabei die strategischen Handlungsspielräume der Tech-Akteure entscheidend. Im EU-Fall dominiert der AI Act, durch seine zentralisierte und rechtsverbindliche Ausstrahlung auf den gesamten Geltungsbereich der EU, die Möglichkeiten der Akteure. Sie haben in formalisierten und zum überwiegenden Teil transparenten Beteiligungsformaten, wie Konsultationen bspw. während des Trilogverfahrens, die Möglichkeit, ihre Sichtweise einzubringen (Europäische Kommission 2025c; Europäische Kommission 2025f; Corporate Europe Observatory 2025). Aufgrund des eher fragmentierten und freiwilligen Rechtsrahmens in den USA sind die Beteiligungsformate verhältnismäßig weniger formalisiert gestaltet und finden sowohl auf Bundes- als auch auf Bundesstaatsebene statt (White House 2023; OSTP 2022; NIST 2023). Diese strukturellen Unterschiede bilden die Ausgangslage für den vorgenommenen Vergleich der analysierten Strategiemuster. Im EU-Fall wurde bei 75 % der codierten Segmente das Policy-Ziel des Politikwandels festgestellt, also die aktive Mitgestaltung regulatorischer Veränderung. Es zeigt, dass die Akteure ein großes

Interesse an der inhaltlichen Ausgestaltung der geplanten Regeln aufweisen (OpenAI 2024: 7; AMCHAM EU 2022: 4 f.). Dahingehend gestaltet sich die Verteilung im US-Fall deutlich ausgeglichener (vgl. Abbildung 9). Dies zeigt, dass die Akteure in der EU ein deutlich stärkeres Interesse daran haben, ihre Einflussmöglichkeiten neuer Regelungen aktiv zu nutzen und in den USA bestehende Freiräume zu erhalten bzw. Veränderungen lediglich zu moderieren (Microsoft 2021b: 1; IBM 2021: 3; Coalition Letter 2025).

Vergleicht man Zugangswege und die Kombinationen der Strategietypen, zeigt sich in beiden Fällen eine klare Präferenz zum Inside-Lobbying (EU: 59 %; USA: 76 %). Dies wird auch bei der häufigsten angewendeten Kombination der Strategietypen (Politikwandel, Inside-Lobbying, kooperativ (EU: 36 %; USA: 37 %) deutlich. Dies ist in Anbetracht des Untersuchungszeitraums nicht verwunderlich. In beiden Fällen gelten noch keine „Hard-laws“, sondern der Zeitraum ist geprägt von freiwilligen Standards (USA), die meistens schon durch die Unternehmen selbst implementiert und mit initiiert wurden (Microsoft 2021b; IBM 2021; NIST 2023: 1) und in der EU haben die Akteure durch die Vielzahl der Zugangswege genug Möglichkeiten die Umsetzung entscheidend mitzugestalten. Dies wird insbesondere in der EU deutlich, wo klar dokumentiert ist, dass die Tech-Akteure mit Abstand die meisten Treffen mit den Entscheidungsträgern haben (Corporate Europe Observatory 2023: 6 ff.). Hier wird gezeigt, dass die institutionellen Rahmenbedingungen einen klaren Einfluss auf die Ausrichtung der Lobbystrategien haben.

Zwar wird in beiden Fällen vorwiegend das Inside-Lobbying praktiziert, dennoch können aus dem Material interessante Schlussfolgerungen zum Auftreten von Outside-Lobbying gezogen werden. Im EU-Fall waren 41 % der codierten Segmente mit dem Zugangsweg Outside-Lobbying versehen und für den USA-Fall gerade einmal 24 %. Aus den Kombinationen mit anderen Strategietypen lassen sich jedoch Erkenntnisse hinsichtlich des Einflusses der institutionellen Rahmenbedingungen in den beiden Fällen erkennen. Die Kombination aus Politikwandel, Outside-Lobbying und kooperativer Ausrichtung zeigt mit 19 % der Überschneidungen Folgendes. Die Akteure, die sich in einer komplexen Handlungssituation befinden, können sich nicht nur auf die vorhandenen direkten Zugänge verlassen, sondern wollen auch eine breitere Öffentlichkeit in der EU einbeziehen. Hier können sie ihre kooperative Haltung weiteren Stakeholdern präsentieren (Herijgers 2023: 2), indem sie ihre Initiativen zu Transparenz und Compliance in gezielter Medienarbeit präsentieren (Google 2023: 11; Duffer et al. 2025: 1), was zum Ziel hat, eine breitere Legitimation zu erzeugen. Outside-Lobbying wird aber nicht nur kooperativ eingesetzt, sondern

auch gezielt konfrontativ genutzt. Dies zeigt sich während des Konsultationsprozesses, wo der CEO von OpenAI, Sam Altman, in öffentlichen Veranstaltungen mit Marktaustritt drohte. Hintergrund waren geplante Einordnungen bestimmter Anwendungen in die High-Risk-Kategorie des AI Acts, was bestimmte Haftungs- und Berichtspflichten mit sich gebracht hätte (Perrigo 2023: 2 f.). Diese Flexibilisierung der Lobbystrategien ist auf die Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen zurückzuführen und zeigt, wie sich die Akteure in einem dynamischen Prozess anpassungsfähig zeigen (Ostrom 2009: 33; Ostrom 2021: 219). Und das mit Erfolg. Die Regelungen zur Einordnung von Anwendungen in die Hochrisikokategorie wurden dahingehend angepasst. Die Technologieunternehmen können bei den meisten Anwendungen selbst einstufen, welche Systeme unter diese Kategorie fallen und sich somit von strengeren Auflagen entziehen (Corporate Europe Observatory 2023: 19 f.). Zwar tritt die Kombination Politikwandel, Outside Lobbying, kooperative Strategieausrichtung im Verhältnis zum EU-Fall im Material zur USA nur bei 12 % der codierten Segmente auf, dennoch scheint auch im USA-Fall die „flankierende“ Outside Strategie, die häufig auftretende Kombination aus Politikwandel, Inside Lobbying und kooperative Strategie zu begleiten. Hierbei nutzen die Akteure gezielt die Öffentlichkeit, um in der Handlungssituation die staatlichen Akteure hin zu einer international abgestimmten und wettbewerbsfähigen Agenda in der KI-Regulierung zu bewegen (Google 2023: 8; Partnership on AI 2024: 2 ff.). Aber auch im US-Fall gibt es, ähnlich zum EU-Fall, konfrontative Ansätze. Diese werden dann gewählt, wenn die überwiegend kooperativen Strategiemuster nicht wirken bzw. die Ergebnisse der vorherigen Mitgestaltung bei der Ausarbeitung neuer KI-Regelungen in Gefahr sind. Konkret zeigt sich das im Fall des kalifornischen Bundesgesetzes SB 1047. Hier traten die Akteure mit einer konfrontativen Inside-Strategie auf (Bordelon & Di Feliciano 2025: 1 f), um dieses Gesetz zu verhindern. Nicht nur die meisten Technologieunternehmen wären auf Grund ihrer Lage von dem Gesetz betroffen gewesen. Es wäre neben dem Colorado AI Act (Colorado General Assembly 2024) ein weiteres bundesstaatliches Gesetz in Aussicht gewesen, das die Bemühungen auf Bundesebene unterwandert hätte. Durch das fehlende Vorhandensein eines einheitlichen Rechtsrahmens auf Bundesebene besteht die Gefahr einer stark fragmentierten Regulierungslandschaft. Der Erfolg dieser umfassenden und konfrontativen Strategie zeigte sich im Veto des Gouverneurs und der Verhinderung des Gesetzes (Bordelon & Di Feliciano 2025: 3). Es erklärt aber auch die zwischenzeitliche Forderung nach einer bundesweiten Regulierung (Altman 2023).

5.4 Bewertung der Ergebnisse EU & USA

Die Ergebnisse aus der Untersuchung wurden bereits in den vorangegangenen Kapiteln analysiert und verglichen. Nun werden die *Interaktionen* und *Handlungsergebnisse* nach den *Bewertungskriterien* nach Ostrom (2009: 21 f.) bewertet. Da die Bewertungskriterien als flexible Leitlinien verstanden werden können und keine zwingende Vollständigkeit verlangt wird, werden nur ausgewählte Kriterien bewertet (Ostrom 2009: 7).

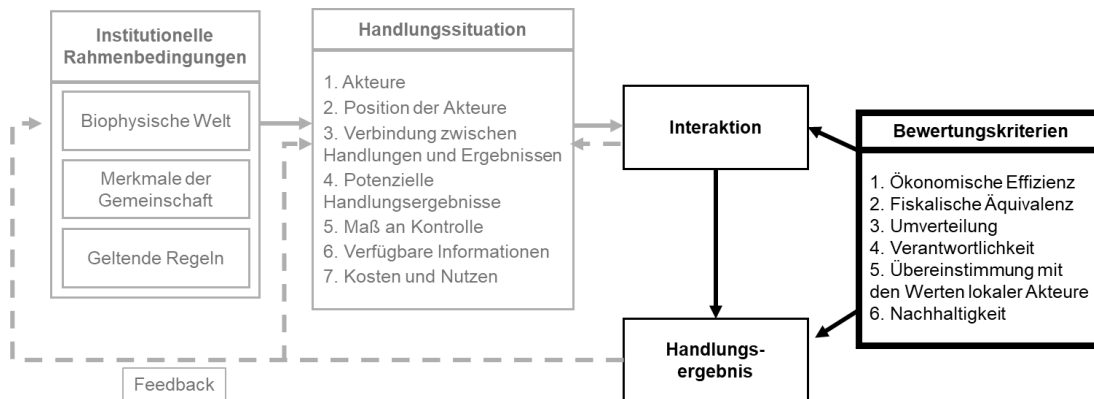


Abbildung 15: IAD-Framework: Fokus Bewertungskriterien (in Anlehnung an: Ostrom 2009: 15)

Die *ökonomische Effizienz* wird im EU-Fall deutlich anhand der Vielzahl von Treffen zwischen Technologieunternehmen und diesen nahestehenden Verbänden mit EU-Parlamentariern im Jahr 2023. 66 % aller Treffen im Kontext der KI-Regulierung hatten einen Bezug zu den Interessen der Unternehmensvertreter. Im Ergebnis wurde die zuvor geplante Einbeziehung von GPAI in die High-Risk-Kategorie zurückgezogen und sparte den Unternehmen erhebliche Mittel für die Compliance ein (Corporate Europe Observatory 2023: 6 ff.). Im US-Fall kann durch die proaktive Kooperation bspw. bei der freiwilligen Verpflichtungsinitiative der Biden-Administration umfassendere Regulierung verhindert werden. Dies kam den Unternehmen ebenfalls wirtschaftlich entgegen, insbesondere wenn man bedenkt, dass die meisten der Regeln bereits geplant bzw. implementiert waren. Auf bundesstaatlicher Ebene muss die ökonomische Effizienz differenziert betrachtet werden. Zwar konnte durch konfrontatives Lobbying das schon verabschiedete Gesetz SB 1047 in Kalifornien durch das Veto des Gouverneurs verhindert werden (Bordelon & Di Feliciano 2025: 3; Joint Veto Letter 2024: 1 ff.), jedoch ist bspw. das 2026 in Kraft tretende AI Act Gesetz in Colorado zum jetzigen Zeitpunkt nicht verhindert worden, was insgesamt für eine ineffiziente und fragmentierte Regulierungslandschaft in den USA spricht.

Im Kontext des Kriteriums der *fiskalischen Äquivalenz* kann im EU-Fall erneut die extreme Ungleichheit der Treffen mit den Entscheidungsträgern hervorgehoben werden, bei denen andere zivilgesellschaftliche Akteure und ihre Sichtweisen marginalisiert wurden. Dies führte dazu, dass die Tech-Akteure unverhältnismäßig profitierten und das Ergebnis des AI Acts abgeschwächt wurde (Corporate Europe Observatory 2023: 6 ff.). Im US-Fall zeigt sich dahingehend wiederum eine ambivalente Situation. Die Unternehmen profitieren zwar auf Bundesebene von den freiwilligen Standards und den geringeren Transparenzpflichten bei Treffen, die einen unmittelbaren Vergleich erschweren. Dennoch wurden beispielsweise der Colorado AI Act 2024 sowie die kalifornischen Gesetze AB 2013 und SB 942 beschlossen (Colorado General Assembly 2024; California Legislature 2024a; California Legislature 2024b). Und auch das Gesetz SB 1047 war bis zum Veto des Gouverneurs nach dem legislativen Verfahren verabschiedet worden, was trotz der intransparenten Verfahren zu den freiwilligen Verpflichtungen insgesamt als Korrektiv betrachtet werden kann (Bordelon & Di Feliciano 2025).

Beim Bewertungskriterium *Verantwortlichkeit* zeigt sich in der EU auch bei der Ausarbeitung des Code of Practice, also der praktischen Konkretisierung der Instrumente des AI Acts, eine erneut unausgewogene Beteiligung zugunsten der Tech-Akteure (Corporate Europe Observatory 2025, S. 2). Demgegenüber steht das drohende Moratorium aller KI-Regelungen in den USA vor dem Aus. Die Tech-Akteure hatten dafür bei Anhörungen im Kongress geworben (Coalition Letter 2025), jedoch wurde er durch eine breite, überparteiliche Allianz abgelehnt, sodass die Bundesstaaten weiterhin an individuellen Rechtsrahmen für ihren Geltungsbereich arbeiten können (TIME 2025).

Die dominierenden kooperativen Lobbystrategien der Tech-Akteure haben in beiden Fällen erheblichen Einfluss auf die Interaktion und die Handlungsergebnisse. Die EU hat trotz ihrer Transparenzmechanismen bislang wenig institutionelle Robustheit bewiesen, was sich auch in einer mangelnden *Übereinstimmung mit ihren eigenen Werten* und dem Anspruch auf *Nachhaltigkeit* zeigt. Sie hat zivilgesellschaftliche Gruppen auch bei den Code-of-Practice-Verhandlungen benachteiligt und ist den inhaltlichen Argumenten der Tech-Akteure zu sehr entgegengekommen, anstatt auf das Ungleichgewicht während der Beratung zum AI Act zu reagieren. Es reicht nicht, nur Transparenzregeln einzuführen, die lediglich das Ungleichgewicht dokumentieren, sondern man muss daraus auch Konsequenzen für die Rahmenbedingungen ziehen, die sich unabhängig von den Ressourcen der Akteure orientieren. Im US-Fall zeigen sich ähnliche kooperative Ansätze zu anderen

Ergebnissen. Zwar wurde mit den freiwilligen Verpflichtungen lediglich ein Rahmen zur Selbstregulierung eingeführt, was den Interessen der Tech-Akteure entgegenkam und die Verfahren nicht so dokumentiert wurden wie in der EU. Dennoch zeigte sich durch die Verhinderung des 10-jährigen Moratoriums und den Erhalt der bundesstaatlichen Möglichkeit, auch weitere Gesetze zu verabschieden, was ein Zeichen für die institutionelle Robustheit des Systems aufzeigt bzw. die Fähigkeit, die Struktur künftiger Handlungssituationen zu modifizieren.

6 Fazit und Ausblick

Die vorliegende Arbeit hat untersucht, wie die institutionellen Rahmenbedingungen in den USA und der EU die Lobbystrategien der großen Technologieunternehmen im Kontext der KI-Regulierung beeinflussen. Durch die Untersuchung konnte festgestellt werden, dass die Rahmenbedingungen die Lobbystrategien beeinflussen. Es hat sich aber auch gezeigt, wie die Unternehmen mit Hilfe ihrer Strategien die Rahmenbedingungen und die Policy-Outcomes in beiden Fällen prägen. In der EU hat der stark zentralisierte Rechtsrahmen des AI Acts mit seinen formellen Beteiligungsmöglichkeiten sich besonders stark in einer mehrheitlich kooperativen Inside-Strategie der Unternehmen gezeigt. Die Ergebnisse der Analyse zeigen deutlich, dass die Unternehmen starkes Interesse, aber auch massive Ressourcen dazu eingesetzt haben, an dem AI-Act mitzuarbeiten, um diesen möglichst in ihrem Sinne zu gestalten. Dies ist ihnen bei der finalen Ausgestaltung, insbesondere bei der Einstufung von Systemen für High-Risk-Anwendungen, gelungen, die nun weniger Systeme betrifft als zuvor von den Institutionen geplant gewesen war. Zwar dominieren kooperative Strategien, dennoch wurden auch gezielt konfrontative Ansätze gewählt, um Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. In den USA gibt es keinen vergleichbaren zentralen Ansatz zur KI-Regulierung, sondern sie wird geprägt von freiwilligen Initiativen und bundesstaatlichen Gesetzen, was zu einer verhältnismäßig fragmentierten Regulierungslandschaft führt. Dies hat auch Einfluss auf die Wahl der Lobbystrategien und ihrer Ziele, die etwas ausgeglichener sind als in der EU. An Orten, an denen freiwillige Initiativen ins Leben gerufen werden und die Selbstregulierung der Unternehmen nicht behindert wird, findet Zusammenarbeit statt. An Stellen, an denen es zu verbindlichen Beschränkungen kommt, werden auch konfrontative Strategien gewählt. Zur Erklärung für die Wahl der Strategien wurde das IAD-Framework von Ostrom verwendet. Durch das Framework konnten die Interaktionen zwischen den Akteuren in der Handlungssituation erklärt werden, aber auch die Interaktionen und Handlungsergebnisse während des Untersuchungszeitraums bewertet werden. Hierbei konnte festgestellt werden, dass ressourcenstarke Akteure wie die Technologieunternehmen überproportional Einfluss auf die Entscheidungsträger nehmen konnten. Auch in den USA mit ihrem eher dezentralen Regulierungsansatz profitieren ressourcenstarke Akteure gegenüber anderen Interessengruppen.

Mit den Ergebnissen der Untersuchung konnte eine Annäherung an die Beantwortung der Forschungsfrage erreicht werden. Dennoch müssen die Ergebnisse in mehrfacher Hinsicht limitiert betrachtet werden. Die zentrale Analyse stützt sich

ausschließlich auf öffentlich zugängliche Dokumente, wodurch insbesondere die Inhalte der informellen Interaktionen nicht miteinbezogen werden konnten. Auch nicht dokumentierte Lobbyaktivitäten, insbesondere in den USA, konnten nicht in dem Maß behandelt werden, wie es sich vielleicht gewünscht hätte. Durch den Fokus auf lediglich zwei fast identische Fälle bleiben Entwicklungen und ggf. Unterschiede zu den Lobbystrategien der Akteure in anderen Weltregionen außen vor. Ebenfalls weniger betrachtet wurden zivilgesellschaftliche und andere nicht so ressourcenstarke Akteure. Schließlich bleibt durch die Wahl eines stark qualitativen Designs ein gewisses Maß an Subjektivität bei der Kodierung und der Interpretation bestehen. Die Einbeziehung von Experteninterviews, mehr quantitativen Elementen und ggf. einer breiteren Fallauswahl der Regionen und Akteure sollte in Erwägung gezogen werden, um ein umfassenderes Bild von den Auswirkungen der institutionellen Rahmenbedingungen auf die Lobbystrategien zu erhalten. Eine weitere Möglichkeit könnte darin bestehen, nicht den gesamten Untersuchungszeitraum als Analyseeinheit zu betrachten, sondern gezielt die einzelnen Phasen der Policy Prozesse innerhalb der beiden Fälle zu analysieren. Hierzu könnte die MAXQDA-Projektdatei als Grundlage dienen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die institutionellen Rahmenbedingungen einen zentralen Faktor bei der Ausgestaltung, aber auch der Wirkung von Lobbystrategien im Kontext der KI-Regulierung haben.

Literaturverzeichnis

Access Now. 2024. U.S. lawmakers should govern AI to help people, not Big Tech companies' interests. Yuba Net. <https://yubanet.com/usa/u-s-lawmakers-should-govern-ai-to-help-people-not-big-tech-companies-interests/>.

Zugegriffen am: 17.05.2025.

Altman, S. 2023. Written Testimony of Sam Altman, Chief Executive Officer, OpenAI. U.S. Senate Committee on the Judiciary, Subcommittee on Privacy, Technology, & the Law. Microsoft. <https://msblogs.thesourcemediaassets.com/sites/73/2021/09/microsoft-response-to-the-european-commission-consultation-on-the-artificial-intelligence-act.pdf>. Zugegriffen am. 29.06.2025.

AMCHAM EU. 2022. AI Act – Our position. Updated position November 2022. American Chamber of Commerce to the European Union. https://www.amchameu.eu/system/files/position_papers/final_pop_ai_act_-_updated.pdf. Zugegriffen am: 29.06.2025.

Anwar, A. 2024. More Than 500 Megawatts Of New Data Centers Installed Across The US and Canada Thanks To Rapid AI Development. Digital Information World. <https://www.digitalinformationworld.com/2024/08/more-than-500-megawatts-of-new-data.html>. Zugegriffen am: 15.06.2025.

Bay Area Founders Club. 2025. Global AI Pitch Summit Silicon Valley 2025 Recap. Bay Area Founders Club. <https://bayareafoundersclub.substack.com/>. Zugegriffen am: 20.06.2025.

Bandhakavi, S. 2025. European companies launch AI initiative backed by €150 bn in investor commitments. Tech Monitor. <https://www.techmonitor.ai/digital-economy/ai-and-automation/european-companies-ai-initiative-e150bn-investor-commitments>. Zugegriffen am: 01.07.2025.

Bareis, J. 2023. BigTech's Efforts to Derail the AI Act. Verfassungsblog. <https://verfassungsblog.de/bigtechs-efforts-to-derail-the-ai-act/>. Zugegriffen am: 10.04.2025.

Baron, D. P. 2011. The Industrial Organization of Private Politics. Stanford University. https://economics.sas.upenn.edu/sites/default/files/filevault/u4/Baron%20activismio_0.pdf. Zugegriffen am: 02.05.2025.

- Binderkrantz, A. S. & Krøyer, S. 2012. Customizing strategy: Policy goals and interest group strategies. *Interest Groups & Advocacy*. 1 (2): 115–138.
- Biedermann, M. 2004. Braucht die EU Lobbying-Gesetze? EuropaInstitut der Universität Basel. *Basler Schriften zur europäischen Integration*. Nr. 73. https://europa.unibas.ch/fileadmin/user_upload/europa/PDFs_Basel_Papers/BS73.pdf. Zugegriffen am: 10.05.2025.
- Bird & Bird. 2025. European Union Artificial Intelligence Act: a guide. Bird & Bird. <https://www.twobirds.com/-/media/new-website-content/pdfs/capabilities/artificial-intelligence/european-union-artificial-intelligence-act-guide.pdf>. Zugegriffen am: 12.06.2025.
- Bloomberg 2021. AI 'needs to be regulated,' Alphabet boss Pichai says. *Taipei Times*, 21.01.2020. TAIPEI Times. <https://www.taipetimes.com/News/biz/archives/2020/01/21/2003729587>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Bordelon, B. & Di Feliciano, C. 2025. How Big Tech is trying to shut down California's AI rules. *POLITICO*. <https://www.politico.com/news/2025/05/12/how-big-tech-is-pitting-washington-against-california-00336484>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- BSA The Software Alliance. 2021. AI RMF RFI Comments – BSA The Software Alliance. Stellungnahme zum Artificial Intelligence Risk Management Framework NIST–2021–0004. BSA. Nr. 210726–0151. <https://www.bsa.org/files/policy-filings/06102019bsasubmissionaistandardsrfi.pdf>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- BSA The Software Alliance. 2022. BSA Statement on White House Office of Science and Technology Policy's Blueprint for an AI Bill of Rights. BSA. <https://www.bsa.org/news-events/news/bsa-statement-on-white-house-office-of-science-and-technology-policys-blueprint-for-an-ai-bill-of-rights>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- BusinessEurope. 2018. Transparency of trilogues - Strategy Paper. Brüssel: BusinessEurope. https://www.bussinesseurope.eu/wp-content/uploads/2025/02/2018-07-17_transparency_of_trilogues_-_strategy_paper-ce4-2.pdf. Zugegriffen am: 15.06.2025.

California Legislature. 2024a. Assembly Bill No. 2013: Artificial Intelligence Accountability, 2023–24 Session. California Legislative Information. https://leginfo.legislature.ca.gov/faces/billNavClient.xhtml?bill_id=202320240AB2013. Zugegriffen am: 15.06.2025.

California Legislature. 2024b. Senate Bill No. 942: Safe and Inclusive Technology Act, 2023–24 Session. California Legislative Information. https://leginfo.legislature.ca.gov/faces/billNavClient.xhtml?bill_id=202320240SB942-. Zugegriffen am: 15.06.2025.

Chui, M., Hazan, E., Roberts, R., Singla, A., Smaje, K., Sukharevsky, A., Yee, L. & Zempel, R. 2023. The economic potential of generative AI: The next productivity frontier. McKinsey Global Institute. <https://www.mckinsey.de/de/~ /media/mckinsey/locations/europe%20and%20middle%20east/deutschland/news/presse/2023/2023-06-14%20mgi%20genai%20report%2023/the-economic-potential-of-generative-ai-the-next-productivity-frontier-vf.pdf>. Zugegriffen am: 29.06.2025.

Colorado General Assembly. 2024. SB 24-205: Colorado Artificial Intelligence Act, 2024 Session, 205. https://leg.colorado.gov/sites/default/files/2024a_205_signed.pdf. Zugegriffen am: 15.06.2025.

Computer & Communications Industry Association (CCIA). 2025. AI Act: EU Leaders Urged to Pause Implementation, Amid Growing Concerns. CCIA. <https://ccianet.org/news/2025/06/ai-act-eu-leaders-urged-to-pause-implementation-amid-growing-concerns/>. Zugegriffen am: 30.06.2025.

Corporate Europe Observatory. 2025. EU under heavy Big Tech pressure to weaken rules on advanced AI. Corporate Europe Observatory. <https://corporateeurope.org/en/2025/04/eu-under-heavy-big-tech-pressure-weaken-rules-advanced-ai>. Zugegriffen am: 30.06.2025.

Daniel, J. 2012. Sampling Essentials: Practical Guidelines for Making Sampling Choices. SAGE Publications, 2012.

Daytan, T. 2024. The U.S. approach to ai regulation: federal laws, policies, and strategies explained. Journal of Law, Technology, & the Internet. 16 (2): 223-259.

De Bruycker, I. 2019. Lobbying: an art and a science: five golden rules for an evidence-based lobbying strategy. Journal of Public Affairs. 19 (4): 1-4.

- De Bruycker, I. & Beyers, J. 2019. Interest Group Access in the European Union: Inside and Outside Strategies. *Journal of European Public Policy*. 26 (1): 58–76.
- Demary, V., Mertens, A. 2023. Zwischen Chance und Herausforderung: KI in Unternehmen. *ifo Schnelldienste*. Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich. 76 (8): 9-12.
- Del Monte, M. (2025). Understanding trilogue: Parliament's rules and practices for reaching provisional agreement on legislation. *European Parliamentary Research Service*, PE 690.614. European Parliament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/690614/EPRS_BRI\(2021\)690614_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/690614/EPRS_BRI(2021)690614_EN.pdf). Zugegriffen am 28.06.2025.
- Diepeveen, S. 2024. Kritische Ansätze im Lobbying: Eine konfrontative Perspektive. *Politische Vierteljahresschrift*. 65 (4): 1068–1082.
- Digital Watch Observatory. 2023a. OpenAI's lobbying efforts: Balancing AI regulation and industry interest. *Digital Watch Observatory*. <https://wp.dig.watch/updates/openais-lobbying-efforts-balancing-ai-regulation-and-industry-interest>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Digital Watch Observatory. 2023b. Microsoft Vice Chair and President Brad Smith testimony before Senate on AI. *Digital Watch Observatory*. <https://dig.watch/updates/microsoft-vice-chair-and-president-brad-smith-testimony-before-senate-on-ai>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Doan, T., Levy, A., Storchan, V. 2025. Financing Infrastructure for a Competitive European AI. *Policy Paper*. Groupe d'études géopolitiques. <https://geopolitique.eu/en/2025/02/10/financing-infrastructure-for-a-competitive-european-ai/>. Zugegriffen am: 29.05.2025.
- DLA Piper. 2023. Comparing the US AI Executive Order and the EU AI Act. *DLA Piper*. <https://knowledge.dlapiper.com/dlapiperknowledge/globalemploymentlatestdevelopments/2023/comparing-the-US-AI-Executive-Order-and-the-EU-AI-Act.html>. Zugegriffen am: 03.05.2025.
- Donovan, J. 2025. The Shortcomings of United States Artificial Intelligence Regulations: An International Comparison. *Fordham International Law Journal*. https://www.fordhamilj.org/iljonline/k73pddfmra65ecd-fxc5k-bdazp-npp5j-l8be9-kbndm#_ftn17. Zugegriffen am: 29.06.2025.

- Duffer, S., Singh, A., Batalov, D. V., & Hallinan, P. 2025. Building trust in AI. The AWS approach to the EU AI Act. Artificial Intelligence. AWS. <https://aws.amazon.com/de/blogs/machine-learning/building-trust-in-ai-the-aws-approach-to-the-eu-ai-act/>. Zugegriffen am 29.06.2025.
- Dür, A., Mateo, G. 2024. Lobbying in the face of politicisation: interest group strategies in trade policy. *Journal European Public Policy*. 31 (1): 212-23.
- European Data Protection Board (EDPB). 2024. Opinion 28/2024 on certain data protection aspects related to the processing of personal data in the context of AI models. EDPB. https://www.edpb.europa.eu/system/files/2024-12/edpb_opinion_202428_ai-models_en.pdf?. Zugegriffen am: 16.05.2025.
- Engler, A. 2023. The EU and U.S. diverge on AI regulation: A transatlantic comparison and steps to alignment. Brookings. <https://www.brookings.edu/articles/the-eu-and-us-diverge-on-ai-regulation-a-transatlantic-comparison-and-steps-to-alignment/>. Zugegriffen am: 03.05.2025.
- Ernst & Young. 2024. The European Union Artificial Intelligence Act. EY. <https://www.ey.com/content/dam/ey-unified-site/ey-com/en-gl/insights/public-policy/documents/ey-gl-eu-ai-act-07-2024.pdf?>. Zugegriffen am: 10.05.2025.
- Euractiv. 2005. Lobbying in der EU und den USA. Euractiv. <https://www.euractiv.de/section/public-affairs/linksdossier/lobbying-in-der-eu-und-den-usa-ein-vergleich-de/>. Zugegriffen am: 03.05.2025.
- Europäische Kommission. 2025a. KI-Gesetz. Europäische Kommission. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/regulatory-framework-ai>. Zugegriffen am: 05.06.2025.
- Europäische Kommission. 2025b. Governance und Durchsetzung des KI-Gesetzes. Europäische Kommission. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/ai-act-governance-and-enforcement>. Zugegriffen am: 10.06.2025.
- Europäische Kommission. 2025c. High-level expert group on artificial intelligence. Europäische Kommission. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/expert-group-ai>. Zugegriffen am: 10.06.2025.
- Europäische Kommission. 2025d. Assessment List for Trustworthy Artificial Intelligence. European AI Alliance. <https://futurium.ec.europa.eu/en/european-ai-alliance/pages/welcome-altai-portal>. Zugegriffen am: 15.06.2025.

Europäische Kommission. 2025e. KI-Fabriken. Europäische Kommission. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/ai-factories>. Zugegriffen am: 18.06.2025.

Europäische Kommission. 2025f. European Commission releases analysis of stakeholder feedback on AI definitions and prohibited practices public consultations. Europäische Kommission. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/european-commission-releases-analysis-stakeholder-feedback-ai-definitions-and-prohibited-practices>. Zugegriffen am: 18.06.2025.

Europäische Kommission. 2025g. KI-Verordnung tritt in Kraft. Europäische Kommission. https://commission.europa.eu/news-and-media/news/ai-act-enters-force-2024-08-01_de#:~:text=Die%20Verordnung%20wurde%20im%20April,Parlament%20und%20vom%20Rat%20verabschiedet. Zugegriffen am: 20.06.2025.

Europäische Kommission. 2025h. AI Board. Europäische Kommission. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/ai-board>. Zugegriffen am: 20.06.2025.

EU Artificial Intelligence Act. 2025a. Artikel 3: Begriffsbestimmungen. EU Artificial Intelligence Act. <https://artificialintelligenceact.eu/de/article/3/>. Zugegriffen am: 10.05.2025.

EU Artificial Intelligence Act. 2025b. Article 99: Penalties. EU Artificial Intelligence Act. <https://artificialintelligenceact.eu/article/99/>. Zugegriffen am: 10.05.2025.

Europäische Union. 2024. Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über Künstliche Intelligenz. <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj/eng>. Zugegriffen am: 12.06.2025.

Federal Trade Commission. 2018. So You Received a CID: FAQs for Small Businesses. FTC Business Guidance Blog. <https://www.ftc.gov/business-guidance/blog/2018/01/so-you-received-cid-faqs-small-businesses>. Zugegriffen am 25.06.2025.

Federal Trade Commission. 2023. FTC Authorizes Compulsory Process for AI-related Products and Services. Federal Trade Commission. <https://www.ftc.gov/news-events/news/press-releases/2023/11/ftc-authorizes-compulsory-process-ai-related-products-services>. Zugegriffen am: 03.05.2025.

- Feldstein, S. 2023. Evaluating Europe's push to enact AI regulations: how will this influence global norms? *Democratization*. 31 (5): 1049–1066.
- Filgueiras, F. & Silva, P. 2022. Designing data policy and governance for smart cities: theoretical essay using the IAD framework to analyze data-driven policy. *Brazilian Journal of Public Administration*. 56 (4): 508-528.
- Folberth, A., Jahnel, J., Bareis, J., Orwat, C. & Wadephul, C. 2022. Tackling problems, harvesting benefits – A systematic review of the regulatory debate around AI. Karlsruhe Institute of Technology. KIT Scientific Working Papers, Nr. 197.
- Fortgang, G. 2023. Regulating the AI Revolution: What Investors Need to Know. T. Rowe Price Insights On U.S. Government Policy. T. Rowe Price Insights. <https://www.troweprice.com/content/dam/gdx/pdfs/2023-q3/regulating-the-ai-revolution-what-investors-need-to-know.pdf>. Zugegriffen am: 02.06.2025.
- Frazier, K. 2025. Amid Federal Push for AI Innovation, Who Will Look Out for Consumers? *Lawfare*. <https://www.lawfaremedia.org/article/amid-federal-push-for-ai-innovation--who-will-look-out-for-consumers>. Zugegriffen am: 03.05.2025.
- Future of Life Institute. 2024a. Das AI-Gesetz: Zuständigkeiten der Europäischen Kommission (AI Office). EU Artificial Intelligence Act. <https://artificialintelligenceact.eu/responsibilities-of-european-commission-ai-office/>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Future of Life Institute. 2024b. FLI Response to NIST: Request for Information on NIST's Assignments under the AI Executive Order. Future of Life Institute. https://futureoflife.org/wp-content/uploads/2024/02/FLI_NIST_RFI_EO_on_AI.pdf. Zugegriffen am: 30.06.2025.
- Future of Life Institute. 2025. Historische Dokumente | EU-Gesetz zur künstlichen Intelligenz. EU Artificial Intelligence Act. <https://artificialintelligenceact.eu/de/dokumente/>. Zugegriffen am: 01.07.2025.
- Goodfellow, I., Benigo, Y., Courville, A. 2016. *Deep Learning*. The MIT Press, 2016.
- Google. 2023. AI Principles Progress Update 2023. Google LLC. <https://ai.google/static/documents/ai-principles-2023-progress-update.pdf>. Zugegriffen am: 29.06.2025.

- Greif, A. 2006. *Institutions and the Path to the Modern Economy: Lessons from Medieval Trade*. Cambridge University Press, 2006.
- Grossmann, M. 2018. Utilizing Ostrom's institutional analysis and development framework toward an understanding of crisis-driven policy. Springer Nature, 2018.
- Guerrero, J. 2025. Silicon Valley AI Innovators Meetups. Meetup. <https://www.meetup.com/silicon-valley-ai-technology-meetups/events/>. Zugegriffen am: 20.06.2025.
- Haeck, P. 2025. EU rules for advanced AI are step in wrong direction, Google says. POLITICO. <https://www.politico.eu/article/google-eu-rules-advanced-ai-artificial-intelligence-step-in-wrong-direction/>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Hayes, T. & Murtinho, F. 2024. Using the Institutional Analysis and Development (IAD) framework to link collective action, behavioral change and social-environmental outcomes in conservation policy. In: Nunan, F. (Hrsg.). *Researching Institutions in Natural Resource Governance*. Routledge, 2024.
- Herijgers, L. 2023. Are OpenAI, Microsoft and Google lobbying a way out the AI Act? Techzine Global. <https://www.techzine.eu/blogs/analytics/107987/are-openai-microsoft-and-google-lobbying-a-way-out-the-ai-act/>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Hill, M., Hupe, P. 2006. Analysing policy processes as multiple governance: Accountability in social policy. *Policy and Politics*: 34 (3): 557-573.
- Hodgson, G. M. 2006. What Are Institutions? In: *Journal of Economic Issues*. 40 (1): 1-25.
- Holistic AI. 2024. *The State of Global AI Regulations in 2024*. Holistic AI E-book. https://assets-global.website-files.com/6305e5d52c28356b4fe71bac/65817de64b431bddbc69bf67_Holistic-AI-E-book-The-State-of-AI-Regulations-in-2024-Compressed.pdf. Zugegriffen am: 12.06.2025.
- Holland, M. 2022. AI bill of rights blueprint lacks enforceability. SearchEnterpriseAI. <https://www.techtarget.com/searchenterpriseai/news/252525704/AI-bill-of-rights-blueprint-lacks-enforceability>. Zugegriffen am: 22.06.2025.
- IBM. 2021. Response to NIST RFI – “Artificial Intelligence Risk Management Framework”. IBM Corporation.

- <https://www.nist.gov/system/files/documents/2021/09/14/ai-rmf-rfi-0062.pdf>.
Zugegriffen am: 29.06.2025.
- International Monetary Fund (IMF) 2024. AI Will Transform the Global Economy—
Let's Make Sure It Benefits Humanity.
<https://www.imf.org/en/Blogs/Articles/2024/01/14/ai-will-transform-the-global-economy-lets-make-sure-it-benefits-humanity>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- International Data Corporation. 2024. Artificial Intelligence Will Contribute \$19.9
Trillion to the Global Economy through 2030 and Drive 3.5% of Global GDP in
2030. IDC. <https://my.idc.com/getdoc.jsp?containerId=prUS52600524>.
Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Inside Global Tech. 2025. House Republicans Push for 10-Year Moratorium on State
AI Laws', Inside Global Tech. Covington.
<https://www.insideglobaltech.com/2025/05/14/house-republicans-push-for-10-year-moratorium-on-state-ai-laws/>. Zugegriffen am: 16.06.2025.
- Joint Veto Letter. 2024. Joint Veto Letter to Governor Newsom: Request to Veto SB
1047, Safe and Secure Innovation for Frontier Artificial Intelligence Models Act.
RStreet. <https://www.rstreet.org/wp-content/uploads/2024/08/SB-1047-Joint-Veto-Letter-to-Newsom-8-27-24-.pdf>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Jelinek, T. 2024. AI governance: EU and US converge on risk-based approach amid
stark differences. Hertie School Centre for Digital Governance.
<https://www.hertie-school.org/en/digital-governance/research/blog/detail/content/ai-governance-eu-and-us-converge-on-risk-based-approach-amid-stark-differences>. Zugegriffen am: 17.05.2025.
- Jenkins. 2024. Tech lobbying spending surges in states. Pluribus News.
<https://pluribusnews.com/news-and-events/tech-lobbying-spending-surges-in-states/>. Zugegriffen am: 10.05.2025.
- Junk, W. M. 2016. Two logics of NGO advocacy: understanding inside and outside
lobbying on EU environmental policies. *Journal of European Public Policy*.
23 (2): 236–254.
- Kaplan, A., Haenlein, M. 2019. Siri, Siri, in my hand: Who's the fairest in the land? On
the interpretations, illustrations, and implications of artificial intelligence.
Business Horizons. 62 (1): 15-25.

- Kasanmascheff, M. 2023. How US Tech Giants Are Lobbying against EU's AI Regulation. WinBuzzer. <https://winbuzzer.com/2023/02/23/how-us-tech-giants-are-lobbying-against-eus-ai-regulation-xcxwbt/>. Zugegriffen am: 24.06.2025.
- Kleinfeld, R., Zimmer, A., Willems, U. 2007. Lobbyismus und Verbändeforschung: Eine Einleitung. In: Kleinfeld, R., Zimmer, A., Willems, U. (Hrsg.). Lobbying: Strukturen. Akteure. Strategien. VS Verlag, 2007.
- Königsgruber, R. 2009. Lobbying bei der Rechnungslegungsstandardsetzung: Ein Literaturüberblick. Zeitschrift für Betriebswirtschaft. 79: 1309-1329.
- Kop, M. 2021. The European Artificial Intelligence Act: The European Approach to AI. Stanford University. <https://law.stanford.edu/wp-content/uploads/2021/09/2021-09-28-EU-Artificial-Intelligence-Act-The-European-Approach-to-AI.pdf>. Zugegriffen am: 17.06.2025.
- Kotsis, K. T. 2024. The Scientific Literacy Enables Policymakers To Legislate On Artificial Intelligence. European Journal of Political Science Studies. 7 (1): 69-83.
- Kubbe, I. 2016. Experimente in der Politikwissenschaft: Eine methodische Einführung. Springer VS, 2016.
- Kuhlmann, J. 2013. Diskriminierende Arbeitsmarktpolitik. Migranten in Deutschland und den Niederlanden im neuen Aktivierungsregime. Zeitschrift für Sozialreform. 59 (3): 387-407.
- Kuzior, A., Sira, M., Zozulakova, V. & Martin, H. 2024. Navigating AI Regulation: A Comparative Analysis of EU and US Legal Frameworks. Materials Research Proceedings. 45: 258-266.
- Leopard, A. S. 2023. U.S. Senate Judiciary Committee Holds Historic Hearing on AI Regulation. National Law Review. <https://natlawreview.com/article/us-senate-judiciary-committee-holds-historic-hearing-ai-regulation>. Zugegriffen am: 16.06.2025.
- Loer, O. & Töller, A. 2019. Interessenvertretung und politisches System in Deutschland im Wandel. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/lobbyismus/275972/interessenvertretung-und-politisches-system-in-deutschland-im-wandel/>. Zugegriffen am: 03.05.2025.

- Matsakis, L. 2023. The new think tanks influencing AI policy in Washington. Semafor. <https://www.semafor.com/article/10/20/2023/the-new-think-tanks-influencing-ai-policy-in-washington>. Zugegriffen am: 14.05.2025.
- Marcelino, K. 2024. AI Lobbying Increased by 185 % Amid Calls for Industry Regulations. itechpost. <https://www.itechpost.com/articles/120908/20240202/ai-lobbying-increased-185-amid-calls-industry-regulations.htm>. Zugegriffen am: 14.05.2025.
- Marshal, R. C., Elliott, T. A. 2025. Some States Step in Early to Regulate AI Risk Management. The National Law Review. <https://natlawreview.com/article/some-states-step-early-regulate-ai-risk-management>. Zugegriffen am: 16.05.2025.
- Mause, K. 2021. Lobbyismus. Bundeszentrale für politische Bildung. Spicker Politik. Nr. 24. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_Spicker_24_Lobbyismus_chronologisch_DINa4.pdf. Zugegriffen am: 28.06.2025.
- Mayring, P. 2014. Qualitative content analysis: theoretical foundation, basic procedures and software solution. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-395173>. Zugegriffen am: 30.06.2025.
- Meta. 2025. Comments Received in Response To Request for Information on the Development of an Artificial Intelligence (AI) Action Plan (Plan). Meta Platforms. <https://files.nitrd.gov/90-fr-9088/Meta-AI-RFI-2025.pdf>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- McKinsey Global Institute (2024). A new future of work: The race to deploy AI and raise skills in Europe and beyond. https://www.mckinsey.de/~media/mckinsey/locations/europe%20and%20middle%20east/deutschland/news/presse/2024/2024%20-%2005%20-%2023%20mgi%20genai%20future%20of%20work/mgi%20report_a-new-future-of-work-the-race-to-deploy-ai.pdf. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Microsoft. 2021a. Microsoft Response to the European Commission Consultation on the Artificial Intelligence Act. Microsoft. <https://msblogs.thesourcemediaassets.com/sites/73/2021/09/microsoft-response-to-the-european-commission-consultation-on-the-artificial-intelligence-act.pdf>. Zugegriffen am: 29.06.2025.

- Microsoft. 2021b. Response of Microsoft Corporation to NIST RFI on an Artificial Intelligence Risk Management Framework (AI RMF). Microsoft. <https://www.nist.gov/system/files/documents/2021/09/16/ai-rmf-rfi-0088.pdf>. Zugegriffen am 29.06.2025.
- Microsoft. 2025. Innovating in line with the European Union's AI Act. Microsoft On the Issues. <https://blogs.microsoft.com/on-the-issues/2025/01/15/innovating-in-line-with-the-european-unions-ai-act/>. Zugegriffen am: 30.06.2025.
- MMR. 2025. Composite AI Market: Global Industry Analysis and Forecast (2023-2029). MMR. [https://www.maximizemarketresearch.com/market-report/composite-ai-market/221684/#:~:text=The%20global%20Composite%20AI%20market%20is%20dominated%20by%20a%20few,Microsoft%2C%20Google%2C%20and%20Amazon](https://www.maximizemarketresearch.com/market-report/composite-ai-market/221684/#:~:text=The%20global%20Composite%20AI%20market%20is%20dominated%20by%20a%20few,Microsoft%2C%20Google%2C%20and%20Amazon.). Zugegriffen am: 06.06.2025.
- Mutis, S. 2020. Privately Held AI Companies by Sektor. CSET Data Brief. Center for Security and Emerging Technology. <https://cset.georgetown.edu/wp-content/uploads/CSET-Privately-Held-AI-Companies-by-Sektor.pdf>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Najam, A. 2018. The Four-C's of Third Sector–Government Relations: Cooperation, Confrontation, Complementarity, and Co-optation. *Nonprofit Management & Leadership*. 10 (4): 375-396.
- National Institute of Standards and Technology. 2023. Artificial Intelligence Risk Management Framework (AI RMF 1.0). NIST AI 100-1. <https://nvlpubs.nist.gov/nistpubs/ai/nist.ai.100-1.pdf>. Zugegriffen am: 02.05.2025.
- North, D. C. 1990. *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge University Press, 1990.
- Obermeier, B. 2024. Einfluss von KI auf die demokratische Gesellschaft. Acatech. <https://www.acatech.de/allgemein/einfluss-von-ki-auf-demokratische-gesellschaft/>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Odelberg, T. 2024. Understanding the Future of Artificial Intelligence Governance: Comparing the EU AI Act and U.S. Executive Order on Safe AI. University of Michigan. <https://stpp.fordschool.umich.edu/sites/stpp/files/2024-06/stpp-future-of-ai-governance.pdf>. Zugegriffen am: 14.06.2025.

- OECD. 2021. Lobbying in the 21st Century: Transparency, Integrity and Access. OECD Publishing, 2021.
- OECD. 2024. Explanatory Memorandum On The Updated OECD Definition Of An AI System. OECD Artificial Intelligence Papers. Nr. 8.11. https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2024/03/explanatory-memorandum-on-the-updated-oecd-definition-of-an-ai-system_3c815e51/623da898-en.pdf. Zugegriffen am: 03.05.2025.
- Online Etymology Dictionary. 2025. Origin and history of institution. Etymonline. <https://www.etymonline.com/word/institution>. Zugegriffen am: 15.6.2025.
- Office of Science and Technology Policy (OSTP). 2022. Blueprint for an AI Bill of Rights: Making Automated Systems Work for the American People. Washington, DC: The White House. <https://marketingstorageragrs.blob.core.windows.net/webfiles/Blueprint-for-an-AI-Bill-of-Rights.pdf>. Zugegriffen am 15.06.2025.
- OpenAI. 2024.: A Primer on the EU AI Act: What It Means for AI Providers and Deployers. OpenAI Global Affairs. <https://openai.com/global-affairs/a-primer-on-the-eu-ai-act/>. Zugegriffen am 29.06.2025.
- Ostrom, E. 2009. Understanding Institutional Diversity. Princeton University Press, 2009.
- Ostrom, E. 2021. Hintergrund zum >>Institutional Analysis and Development Framework<<. In: Kenis, P., Schneider, V. (Hrsg.). Organisation und Netzwerk: Governance in Wirtschaft und Politik. Campus Verlag, 2021.
- Partnership on AI. 2024. 2023 Annual Report – Meeting the Moment. PAI. <https://partnershiponai.org/annual-report-2023/>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Perrigo, B. 2023. Exclusive. OpenAI Lobbied E.U. to Water Down AI Regulation. TIME. <https://time.com/6288245/openai-eu-lobbying-ai-act/>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Priddat, B. P. & Speth, R. 2007. Das neue Lobbying von Unternehmen: Public Affairs. Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitspapier 145. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-003930/p_arbp_145.pdf. Zugegriffen am: 03.05.2025.
- Public Citizen. 2024. Corporate Lobbyists From Every Industry Swarm Washington to Influence AI Regulations. Public Citizen Report.

- <https://www.citizen.org/news/corporate-lobbyists-from-every-industry-swarm-washington-to-influence-ai-regulations/>. Zugegriffen am: 12.06.2025.
- PwC Deutschland. 2025. Globale PwC-Studie „Value in Motion“ beziffert Chancen, Risiken und Wechselwirkungen von KI und Klimawandel - auch für Deutschland. PWC. <https://www.pwc.de/de/pressemitteilungen/2025/globale-pwc-studie-value-in-motion-beziffert-chancen-risiken-und-wechselwirkungen-von-ki-und-klimawandel.html>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Ramos, T. & Gläser, R. 2024. 'Die KI-Verordnung der EU und KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck', Taylor Wessing Insights. <https://www.taylorwessing.com/de/insights-and-events/insights/2024/03/the-eu-ai-act-and-general-purpose-ai>. Zugegriffen am: 02.07.2025.
- Renner, D., Reicher, D., Vancea, C. 2025. KI im Mittelstand: Chancen, Optimierungen und Neugeschäft. Springer Verlag, 2025.
- Rieksmeier, J. 2007. Politische Interessenvermittlung: Instrumente – Kampagnen – Lobbying. VS Verlag, 2007.
- Roß, A. 2024. Feminismus im Netz intersektional-empowernd-angreifbar?! Eine qualitative Studie zum Umgang mit digitaler Gewalt. Springer Verlag, 2024.
- Rössl, D., Kraus, S., Fink, M. 2006. KMU im Spannungsfeld zwischen Regelungen und Lobbying. KMU Verlag, 2006.
- Sabin, H. 2024. The Politics of U.S. AI Regulation: An Exploratory Study of Industry Influence and Regulatory Capture in U.S. AI Policymaking, Michigan Ross, https://deepblue.lib.umich.edu/bitstream/handle/2027.42/197683/Barry%20_Senior%20Thesis%20Written%20Report.pdf. Zugegriffen am: 18.06.2025.
- Samp, T., Tobey, D., Darling, C., Loud, T. 2025. Ten-year moratorium on AI regulation proposed in US Congress. DLA Piper. <https://www.dlapiper.com/en/insights/publications/ai-outlook/2025/ten-year-moratorium-on-ai>. Zugegriffen am: 16.06.2025.
- Schaller, D., Wohlrabe, K., Wolf, A. 2023. Künstliche Intelligenz: Chance oder Gefahr? Wie verändert der Einsatz von KI unsere Gesellschaft? ifo Schnelldienste. Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich. 76 (8): 3-28.
- Schiffers, M. 2021. Regieren mit (un)organisierten Interessen. In: Korte, K., Florack, M. (Hrsg.). Handbuch Regierungsforschung. Springer Nature, 2021.

- Schroer, A. 2025. 77 Artificial Intelligence (AI) Companies to Know. BuiltIn. <https://builtin.com/artificial-intelligence/ai-companies-roundup>. Zugegriffen am: 20.06.2025.
- Schyns, C. 2023. The Lobbying Ghost In The Machine: Big Techs's covert defanging of Europe's AI Act. Corporate Europe Observatory, 2023.
- Serna-Ortega, A., Almansa-Martínez, A., Castillo-Esparcia, A. 2025. Influence of lobbying in EU policy process phases. *Frontiers in Political Science*. 7: 1-11.
- Sha, M., Dhaliwal, A. J. S. 2023. FTC Approves Compulsory Process for AI-Related Products and Services. *National Law Review*. <https://natlawreview.com/article/ftc-approves-compulsory-process-ai-related-products-and-services>. Zugegriffen am: 07.05.2025.
- Shaheen, N., Canter, J., Cummings, A. & Shadyac, T. 2023. The Future is Here: Senate Judiciary Committee's Oversight of AI and Principles for Regulation. Crowell: Data Law Insights. <https://www.crowelldata.com/2023/08/the-future-is-here-senate-judiciary-committees-oversight-of-ai-and-principles-for-regulation/>. Zugegriffen am: 13.06.2025.
- Sinan, I., Renner, C., Shankar, V., Spies, A. & Bregman, D. 2024. The EU AI Act Is Here—With Extraterritorial Reach. Morgan Lewis. <https://www.morganlewis.com/pubs/2024/07/the-eu-artificial-intelligence-act-is-here-with-extraterritorial-reach?>. Zugegriffen am: 06.05.2025.
- Smith, B. 2023. Our commitments to advance safe, secure, and trustworthy AI. Microsoft On the Issues. <https://blogs.microsoft.com/on-the-issues/2023/07/21/commitment-safe-secure-ai/>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Stansbury, M., Marchese, K., Hardin, K., Amon, C. 2025. Can US infrastructure keep up with the AI economy? Deloitte. <https://www.deloitte.com/us/en/insights/industry/power-and-utilities/data-center-infrastructure-artificial-intelligence.html>. Zugegriffen am: 30.06.2025.
- Stanford University. 2025. Private Investitionen im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) in ausgewählten Ländern im Jahr 2024 (in Milliarden US-Dollar). Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1321674/umfrage/private-investitionen-in-ki-nach-laendern/>. Zugegriffen am: 30.06.2025.
- Strauch, K. 1993. Lobbying – die Kunst des Einwirkens. In: Strauch, K. (Hrsg.) *Lobbying: Wirtschaft und Politik im Wechselspiel*. Gabler, 1993.

- Tang, S. Y. & Mazmanian, D. A. 2010. Understanding Collaborative Governance from the Structural Choice - Politics, IAD, and Transaction Cost Perspectives. SSRN. USC Judith & John Bedrosian Center on Governance And The Public Enterprise. <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.1516851>. Zugegriffen am: 04.07.2025.
- Tam, J. 2024. The Growing Importance of the NIST AI Risk Management Framework. Connect On Tech. <https://connectontech.bakermckenzie.com/the-growing-importance-of-the-nist-ai-risk-management-framework/>. Zugegriffen am: 26.05.2025.
- Theurl, T. & Wicher, M. 2012. Comparing informal institutions. Ifo Institut. Journal CESifo Dice Report. 10 (3): 52-59.
- The White House. 2023. Executive Order on the Safe, Secure, and Trustworthy Development and Use of Artificial Intelligence. The White House. <https://bidenwhitehouse.archives.gov/briefing-room/presidential-actions/2023/10/30/executive-order-on-the-safe-secure-and-trustworthy-development-and-use-of-artificial-intelligence/>. Zugegriffen am: 14.05.2025.
- The White House. 2025a. Listening To The American People. The White House. <https://bidenwhitehouse.archives.gov/ostp/ai-bill-of-rights/listening-to-the-american-people/>. Zugegriffen am: 14.05.2025.
- The White House. 2025b. Executive Office Of The President. 2025. M-25-21. Memorandum For The Head Of Executive Departments And Agencies. Executive Office Of The President. <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/02/M-25-21-Accelerating-Federal-Use-of-AI-through-Innovation-Governance-and-Public-Trust.pdf>. Zugegriffen am: 20.06.2025.
- TheWrap. 2023. OpenAI CEO Sam Altman comments on potential leave from Europe and reversal. TheWrap. <https://www.thewrap.com/openai-ceo-leave-europe-comments-reversal/>. Zugegriffen am: 09.07.2025.
- TIME. 2025. Senators Reject 10-Year Ban on State-Level AI Regulation in Blow to Big Tech. TIME Magazine. <https://time.com/7299044/senators-reject-10-year-ban-on-state-level-ai-regulation-in-blow-to-big-tech/>. Zugegriffen am 02.07.2025.
- Transparency International EU. 2018. ECJ rules that trilogues need to be transparent. Transparency International EU. <https://transparency.eu/ecj-rules-that-trilogues-need-to-be-transparent/>. Zugegriffen am: 10.06.2025.

- U.S. Chamber of Commerce. 2025. Coalition Letter to the Senate Supporting the Moratorium on AI Regulation Enforcement. U.S. Chamber of Commerce. <https://www.uschamber.com/technology/artificial-intelligence/coalition-letter-to-the-senate-supporting-the-moratorium-on-ai-regulation-enforcement>. Zugegriffen am: 29.06.2025.
- Wachter, S. 2024. Limitations and Loopholes in the EU AI Act and AI Liability Directives: What This Means for the European Union, the United States, and Beyond. *Yale Journal of Law & Technology*. 26 (3): 671-718.
- Wehrmann, R. 2007. Lobbying in Deutschland – Begriff und Trends. In: Kleinfeld, R., Zimmer, A., Willems, U. (Hrsg.). *Lobbying: Strukturen. Akteure. Strategien*. VS Verlag, 2007.
- Wei, K., Ezell, C., Gabrieli, N. & Desphande, C. 2024. How Do AI Companies? ‘Fine-Tune’ Policy? Examining Regulatory Capture in AI Governance. 2024 AAAI/ACM Conference on AI, Ethics, and Society. <https://ssrn.com/abstract=4931927>. Zugegriffen am: 10.06.2025.
- Weiler, F. & Brändli, M. 2015. Inside vs. Outside Lobbying: How the Institutional Framework Shapes the Lobbying Behavior of Interest Groups. *European Journal of Political Research*. 54 (4): 745-766.
- Whaley, L. & Weatherhead, E. K. 2014. An integrated approach to analyzing (adaptive) comanagement using the “politicized” IAD framework. *Ecology and Society*. 19 (1): 10.
- Woll, C. 2005. Lobbying in Brüssel: amerikanische Verhältnisse? *Jahrbuch 2004/2005*. Max-Planck-Gesellschaft, 2005.